

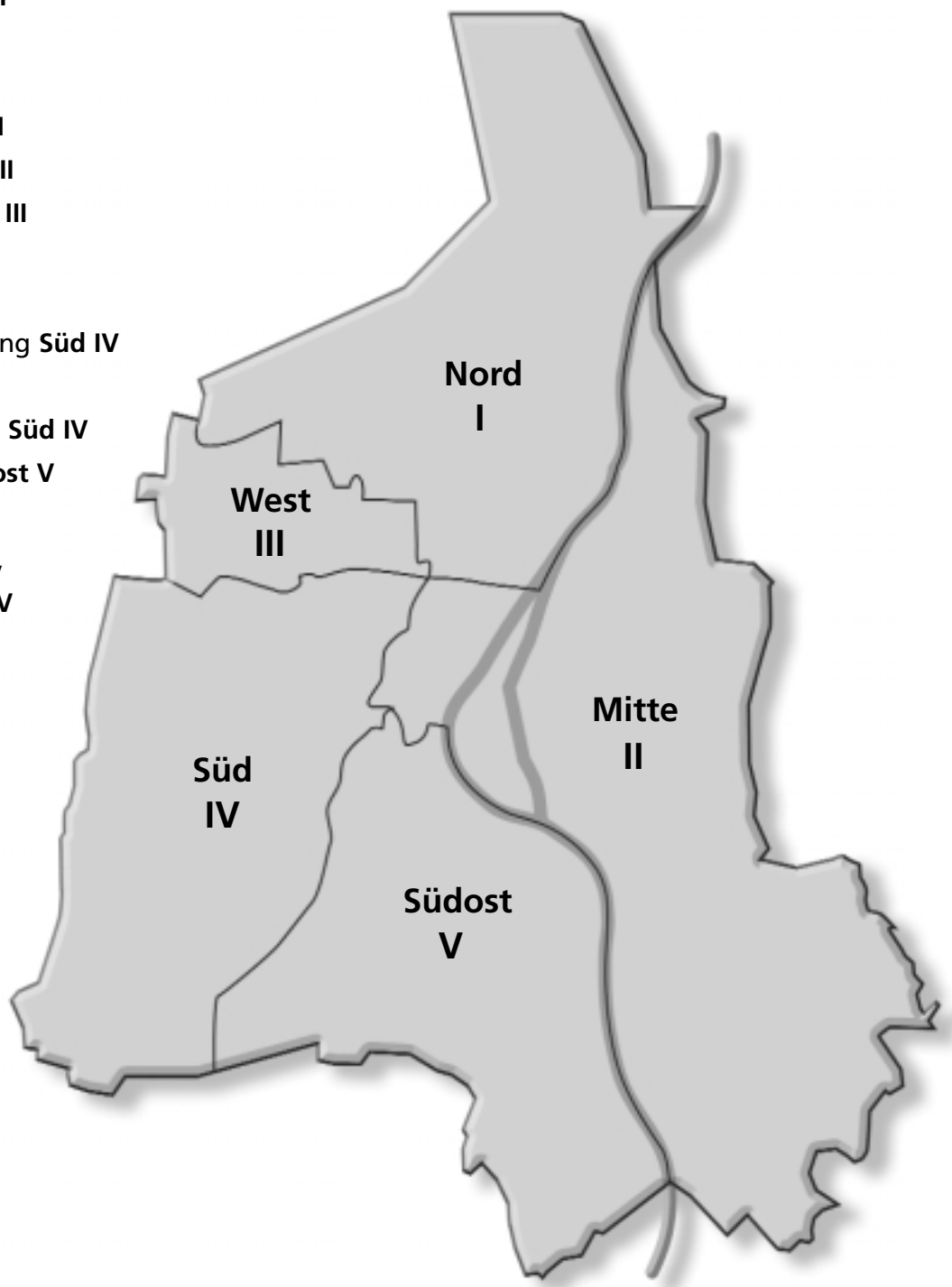


Gemeinwesenarbeit
Entwicklungen
Zukunftsfähigkeit

18 Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in den 5 Sozialregionen der Landeshauptstadt Magdeburg

- AG Kannenstieg **Nord I**
- AG Neustädter Feld **Nord I**
- AG Neue Neustadt **Nord I**
- AG Neustädter See **Nord I**
- AG Ostelbien **Mitte II**
- AG Altstadt **Mitte II**
- AG Alte Neustadt **Mitte II**
- AG Alt Olvenstedt **West III**
- AG Neu Olvenstedt **West III**
- AG Nordwest **West III**
- AG Stadtfeld Ost **Süd IV**
- AG Diesdorf, Beimssiedlung **Süd IV**
- AG Ottersleben **Süd IV**
- AG Sudenburg, Lemsdorf **Süd IV**
- AG Leipziger Straße **Südost V**
- AG Reform **Südost V**
- AG Fermersleben, Salbke, Westerhüsen **Südost V**
- AG Buckau **Südost V**

Stand 31.12.2002



Gemeinwesenarbeit ist eine Entwicklungsaufgabe in der Landeshauptstadt Magdeburg

In der ersten Veröffentlichung zur Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg wurde 1999 die Ableitung des fachlichen Ansatzes der Gemeinwesenarbeit aus der Sicht der Jugendhilfe und die seit 1998 tätigen Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg thematisiert.

Im vorliegenden Heft werden nach einer Einführung zur Gemeinwesenarbeit die Entwicklungen in der Landeshauptstadt Magdeburg dargestellt. Die Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit haben auf der Grundlage des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit (50.000 EUR) ihre Projektarbeit intensivieren können.

Inhalt

Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Magdeburg	Seite 2
5 Jahre Gemeinwesenarbeit in Magdeburg – ein Rückblick	Seite 6
Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg	Seite 8
Programm Lokale Agenda 21 – Zukunftsfähigkeit in Magdeburg	Seite 27
Anhang	
Ansprechpartner/innen Stadtverwaltung für und Sprecher/innen der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit	Seite 35
Initiativfonds Gemeinwesenarbeit – Wie und womit beantrage ich Mittel für Stadtteilprojekte?	Seite 36
Mach mit Projekte im Stadtteil – Was ist passiert?	Seite 41
Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit Reflexionen – Problemsichten – Denkanstöße	Seite 50
Presseresonanz – Eindrücke aus der Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit	Seite 63

Dr. Lutz Trümper
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg



Grußwort

(anlässlich des 2. Reflexionstages zur Gemeinwesenarbeit
am 15.05.2002 in der Landeshauptstadt Magdeburg)

Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger,
werte Gäste des heutigen Reflexionstages zum Thema Gemeinwesenarbeit,

Sie haben sich dem Grundsatz des griechischen Philosophen Perikles gestellt, von dem überliefert ist:

„Wer an den Dingen seiner Stadt keinen Anteil nimmt, ist nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter.“

Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger. Unsere Stadt braucht für eine lebenswerte und lebendige Atmosphäre den Veränderungswillen und das aktive Mittun ihrer Bewohner.

Die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit sind 1997 aus der Sozial- bzw. Jugendhilfeplanung entstanden und haben sich zu einem Arbeitsprinzip sozialer Arbeit und sozialer Kommunalpolitik entwickelt. Ihre Arbeit hat verdeutlicht:

Soziale Ausgrenzung ist immer sehr konkret und je kleiner, je lokaler die unmittelbare Lebensumgebung ist, je besser sind die Möglichkeiten zu helfen, sich zu engagieren und lokale Politikansätze zu finden.

All das ist in den vergangenen fünf Jahren, dank Ihres Engagements in 18 Arbeitsgruppen gewachsen, hat bereits zu Ergebnissen geführt und soll auch zukünftig Stadtteilpolitik mitgestalten. Dafür möchte ich Ihnen danken und Sie ermutigen, sich weiter in Ihrem Stadtteil einzubringen.

Diese Stadtteilarbeit in Magdeburg bündelt Kompetenzen aus Institutionen und aus den Lebenswelten im Stadtteil. Die Verwaltung bietet sich als Partner an, leistet Brückenfunktionen, hilft Kontakte zu knüpfen und gibt organisatorische Unterstützung.

Mit diesem Projekt sind wir auf dem Weg von der klassischen Verwaltungskommune zur Dienstleistungskommune. Hierbei geht es um Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Kommunen. Der Bürger ist Kunde. Vorerst werden ökonomische Argumente den Grad der Dienstleistung bestimmen.

Die Zukunft liegt in der Bürgerkommune. Zur Zeit diskutieren auch im Deutschen Städtetag die Vertreter der Städte wie die „Stadt der Zukunft“ beschaffen sein sollte. Wie kann man tatsächlich „Bürgerkommune“ entwickeln? Fest steht: verordnen oder installieren kann man eine Bürgerkommune nicht. Sie beruht vor allem auf sozialem Zusammenhalt, Partizipation, Bürgerschaft als Gemeinschaft und auf politischer Argumentation darüber, was wünschenswert und was machbar ist. Denn: das haben Sie sicher in ihrer ehrenamtlichen Arbeit bereits festgestellt: Politik ist immer ein Kompromiss zwischen dem Wünschenswerten und dem Möglichen.

Deshalb ist es wichtig, Mitbestimmung auf freiwilliger Basis in den Stadtteilen zu organisieren und zwar durch die Bürgerschaft selbst, so wie es in den Lenkungsgruppen der Großwohnsiedlungen, in den Bürgerinitiativen und in den „Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit“ geschieht.

Damit komme ich auch gleich zu einer wichtigen Aufgabe, die heute auch zu den Themen der Arbeitstagung gehört: wie gelingt es uns, die Kompetenzen und Kapazitäten für Bürgerarbeit im Stadtteil zu bündeln und zu vernetzen.

In einigen Stadtteilen stimmt die Verbindung und das Zusammenwirken zwischen Bürgerinitiative, Heimatverein und „Gemeinwesenarbeit“. In einigen Stadtteilen ist die Abstimmung unzureichend, wird Arbeit zum Teil konterkariert. Nur die Vernetzung aller, die sich in einem Stadtteil engagieren – und dazu gehören auch städtische oder private Einrichtungen der Kultur oder Bildung, der Freizeit und der Wirtschaft – ermöglichen einen großen Gewinn für die Lebensfreude und die Akzeptanz im Stadtteil.

Einiges haben die Arbeitsgemeinschaften bereits unter Beweis gestellt:

freiwillige Gemeinwesenarbeit

- belebt die Quartiere, die als handelndes Gemeinwesen auftreten
- stellt Ressourcen zur Verfügung und berät und aktiviert Menschen
- fördert Eigentätigkeit und dient der Vernetzung im Stadtteil.

22 andere Städte haben sich über das Modell der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg informiert.

Es ist auch sehr beeindruckend, dass Sie sich auf diesen Erfolgen nicht ausruhen, sondern gemeinsam, über Stadtteilgrenzen hinweg kooperieren und voneinander lernen.

Heutige Diskussionsansätze sind:

- neue Arbeitsformen,
- intensivere Unterstützung durch Dritte,
- die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwesen,
- Methoden der Öffentlichkeitsarbeit,
und der Erfahrungsaustausch zum Sponsoring.

In diesen Erfahrungsaustausch bringt sich die Stadtverwaltung durch das Jugendamt aktiv ein.

Zukünftig steht aber auch für Verwaltung die Frage, wie reagiert sei selbst auf die dynamische Entwicklung aktiver, ehrenamtlicher Stadtteilarbeit, wie verändert Verwaltung eigene Strukturen.

Das Miteinander vor Ort wird nur dauerhaft möglich sein, wenn sich die Arbeit nicht auf wenige verteilt. Das spricht gegen die Idee vom „Stadtteilmanager“.

Ich denke Projekte wie

- die Graffiti-Gestaltung des Bürgertreffs in Neue Neustadt
- das Sudenburger Begegnungshaus an der Goethe-Sekundarschule und
- das Offene Kreativzentrum des Raabe-Gymnasiums oder
- die Schaffung des Freizeittreffs „Haus Thieberg“ in Salbke,

haben gezeigt, dass auch Jugendliche Verantwortung übernehmen und lokale Politik mitgestalten wollen.

Ein Novum ist, dass sich in Stadtfeld aus der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit eine Bürgerinitiative ausgründet – ein Schritt in Richtung Bürgerkommune.

Dass Stadtteilarbeit für ein besseres Miteinander steht, dafür sprechen Projekte wie:

- die Integration von ausländischen Mitbürgern beim Buckauer Hoffest
- und die Afrikanische Woche in der Freizeiteinrichtung „Werder“,

generationsübergreifende Projekte in Olvenstedt:

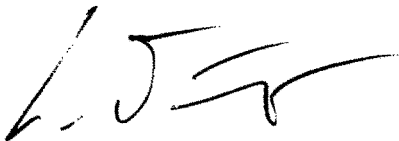
- wie das Herbstfest des Vereins Lebensmittel e. V.,
- sowie das Projekt Textilgestaltung mit Arbeitslosen, Erwerbsunfähigen und Senioren in Alt Olvenstedt

Dafür hat der Stadtrat seit 1999 den „Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ zur Verfügung gestellt. Dieser Fond sollte ein Initiativfonds zur jährlichen Verfügbarkeit bleiben. Die strengen

Regeln für seinen Gebrauch kann ich allerdings nicht lockern. Es handelt sich um öffentliche Gelder und der sorgsame und transparente Umgang mit ihnen muss auch Teil von bürgernahe Kommunalpolitik bleiben.

Miteinander – das ist das Schlüsselwort für Gemeinwesenarbeit und es schließt ein Miteinander unter Vereinen, Initiativen, einzelnen Bürgern und Behörden ein.

Ihr ehrenamtliches Tun kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Es ist sehr erfreulich, dass wir miteinander im Gespräch sind. Ich wünsche Ihrer heutigen Arbeitstagung gute Ergebnisse und ich hoffe, sie haben den langen Atem, den man für freiwillige Stadtteilarbeit benötigt. In einigen Jahren sind diese Formen der demokratischen Mitbestimmung, sind außerparlamentarische Demokratie selbstverständlich – ich würde es sehr wünschen, denn Bürgerkommune braucht außerparlamentarische Freiwilligkeit in jeder Form.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Trümper', with a stylized flourish at the end.

Dr. Lutz Trümper
Oberbürgermeister

Andrea Schmidt (Magdeburger Stadträtin)

Tobias Krull (Magdeburger Stadtrat)



5 Jahre Gemeinwesenarbeit in Magdeburg – ein Rückblick

Im Rahmen des Prozesses der Jugendhilfeplanung wurden bereits 1997 Arbeitsgruppen geschaffen, die sich der Aufgabe Gemeinwesenarbeit (GWA) annahmen. Nach einigen formellen Vorbereitungen begannen die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit (AG'n GWA) bereits im 2. Halbjahr 1998 mit der inhaltlichen Arbeit. Zuerst bildeten sich die AG'n GWA in den Bereichen, die durch die „Urban 21“-Projekte Unterstützung erhielten.

Um aber eine Gleichbehandlung zu schaffen, initiierte der Stadtrat auf Antrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung den „Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ durch den Stadtratsbeschluss 393-6(III) 99 vom 02.12.1999.

Die Speisung dieses Fonds lag zuerst im Budget des Jugendamtes, weitere Bereiche sollten folgen und wurden erschlossen.

Seit der Einführung des Initiativfonds wurden bereits vier Workshops durchgeführt. Der erste Workshop fand im Jahr 2000 unter dem Thema: „Umgang mit dem Initiativfonds“ statt.

Hier galt es erst einmal die grundsätzlichen Fragen zur Verteilung, Beantragung und Verwendung der Gelder aus dem Fonds zu klären. Wichtig war die Betonung einer schnellen unbürokratischen Bereitstellung der Gelder. Die finanziellen Mittel sollen nur für sogenannte Anschubfinanzierungen (max. 2 Jahre für das gleiche Projekt und keine Ausgaben für Personalkosten) verwendet werden.

Nach einem Probejahr fand im Mai 2001 der erste „Reflexionstag zur GWA“ statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter aller AG'n GWA. In verschiedenen Gruppen wurde über die ersten Erfahrungen in der Gemeinwesenarbeit und den Umgang mit dem Initiativfonds diskutiert.

Fazit der Veranstaltung war eine positive Reaktion auf die Initiierung des Fonds, denn das damit entstehende Bürgerengagement kann so als wichtiger Verstärker der sozialen Arbeit im Stadtteil gefördert und etabliert werden. Bürger sehen hier wieder die Chance zur Einmischung in die Stadtteilprobleme ohne große bürokratische Hürden.

Wir als Stadträte der Landeshauptstadt sehen uns in den AG'n GWA als Mittler zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung bzw. den städtischen Behörden zur Klärung

von Beschwerden, Unstimmigkeiten und zur Verbesserung des Informationsflusses für die Bürgerschaft.

Anfang des Jahres 2002 fand dann im Hansesaal des Magdeburger Rathauses ein Sprechertreffen der AG'n GWA statt. In diesem Kreis ging es um die Begleitstruktur für die Gemeinwesenarbeit. Die Sprecher tauschten hier ihre Erfahrungen aus. Besprochen wurde auch das Thema „Stadtteilmanager“ und ihre Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Gemeinwesenarbeit. Hauptziel des Sprechertreffens war es, die Rahmenbedingungen und Schwerpunkte für den zweiten Reflexionstag zur Gemeinwesenarbeit festzulegen, die die Stadtverwaltung aufnahm und in die Tat umsetzte.

Im Mai 2002 konnte der zweite Reflexionstag zur Gemeinwesenarbeit in der Grundschule Olvenstedt stattfinden. Hierfür hatten im Vorfeld einige AG'n GWA ihre Erfolge und Erkenntnisse in Schrift und Bild ausgestellt. Kleinere Arbeitsgruppen diskutierten über Probleme und Umstände bei der täglichen Arbeit vor Ort und brachten ihre Wünsche zum Ausdruck. Im anschließenden Feedback konnte resümiert werden, dass trotz einiger Rückschläge, dieser Weg der Richtige ist und weiterverfolgt werden sollte.

Die Erfolgsbilanz der einzelnen AG'n GWA sieht natürlich sehr unterschiedlich aus. Auf der einen Seite werden z.B. Stadtteilstoffe initiiert, sogenannte Kummerkästen aufgestellt, Stadtteilführer gedruckt und Schaukästen angebracht. Dies wirkt sich natürlich sehr stark auf das lokale Leben im Stadtteil aus. Leider gibt es auf der anderen Seite einige negative Beispiele in Stadtteilen, wo die Gemeinwesenarbeit aus Mangel an Beteiligung von Bürgern und Institutionen nicht richtig Fuß fassen konnte.

Trotzdem werden wir uns in unserer Funktion als Stadträte parteiübergreifend, auch in den Zeiten der Haushaltskonsolidierung für die Aufrechterhaltung des Initiativfonds einsetzen. Die Begleitung der AG'n GWA vor Ort sollte jeder Stadträtin und jedem Stadtrat ein wichtiges persönliches Anliegen sein.

Mittlerweile hat das Magdeburger Modell bundesweites Interesse ausgelöst. So hatten zum Beispiel Städte wie Stuttgart und Hannover bereits ihr Interesse an einem Erfahrungsaustausch bekundet.

Unser Dank gilt natürlich vor allem den Ehrenamtlichen in der Gemeinwesenarbeit. Erst durch sie kann die GWA in den Stadtteilen ihre volle Wirkung entfalten. Dank gilt aber auch u. a. dem Jugendamt und den Sozialzentren, die sich aktiv und engagiert in die Organisation der Gemeinwesenarbeit einbringen.

Für die Zukunft lässt sich nur sagen, dass dieser Weg weiter beschritten werden sollte, um Bürger zu mobilisieren, sich für „ihren“ Stadtteil aktiv einzusetzen und die Öffentlichkeit auf sich und die anliegenden Themenschwerpunkte aufmerksam zu machen.



Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg

Gemeinwesenarbeit – was ist das ?

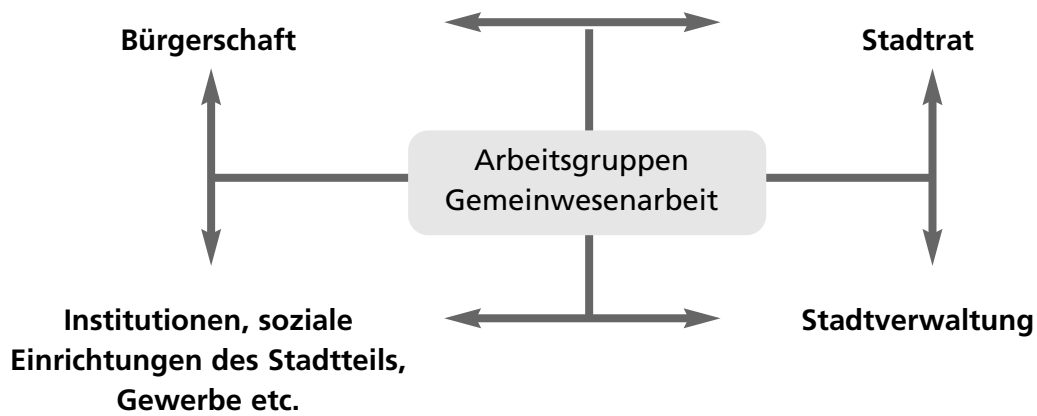
- ***Gemeinwesenarbeit*** ist **stadtteilbezogene** Sozial- und Kulturarbeit.
- ***Gemeinwesenarbeit*** hat das Ziel, die **Lebensqualität** eines Stadtteiles – insbesondere von benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen durch das Erkennen vorhandener Problemlagen, die Lösung sozialer Probleme und die Anreicherung des **Alltagsumfeldes** – zu verbessern.
- ***Gemeinwesenarbeit*** zielt darauf ab, Hilfe zum **selbstorganisierten Handeln** unter Mobilisierung aller notwendigen verfügbaren materiellen, sozialen und symbolischen **Ressourcen** durch **Einmischung in kommunale Willensbildungsprozesse**, durch **Vernetzungsstrategien** die **Bewohner** eines Stadtteiles zu ermutigen und befähigen, ihre Probleme zu erkennen und deren Lösung selbsttätig und öffentlich anzugehen¹.

Was ist der konzeptionelle Ansatz der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg ?

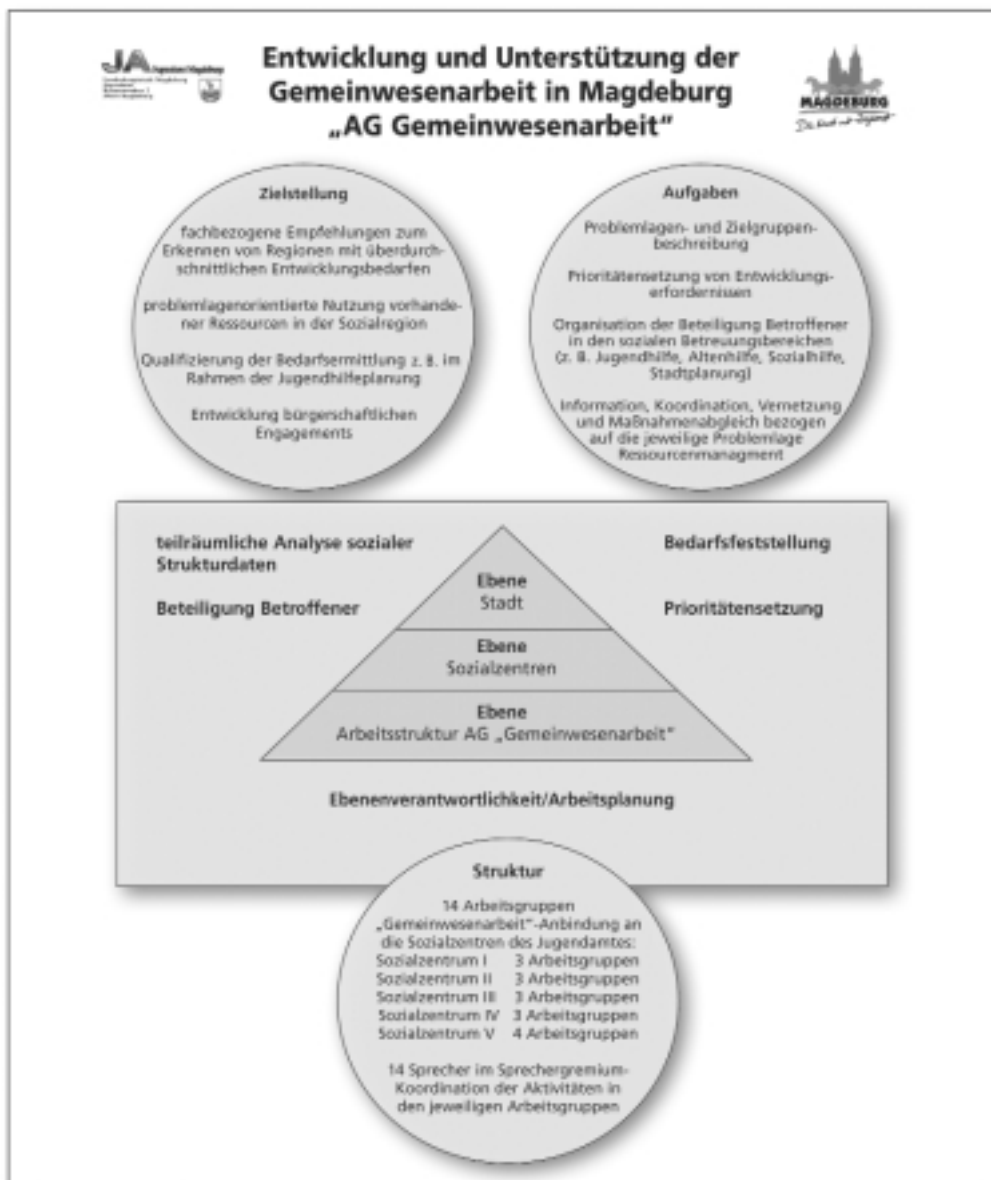
Die Entwicklung des Gemeinwesens ist unter der Zielstellung der Bürgerorientierung Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung und soll zielgerichtetes Handeln in sozialen Netzwerken im Stadtteil unterstützen. Seit 1997 wird ausgelöst durch das Magdeburger Jugendamt u. a. an der Entwicklung einer Organisationsstruktur zur Umsetzung dieser Aufgabenstellung gearbeitet.

¹ Definition der Arbeitsgruppe Sozialräumliches Planungskonzept 1999; Quellennachweis beim Verfasser.

Magdeburger Dialog zur Gemeinwesenarbeit für eine neue lokale Politik

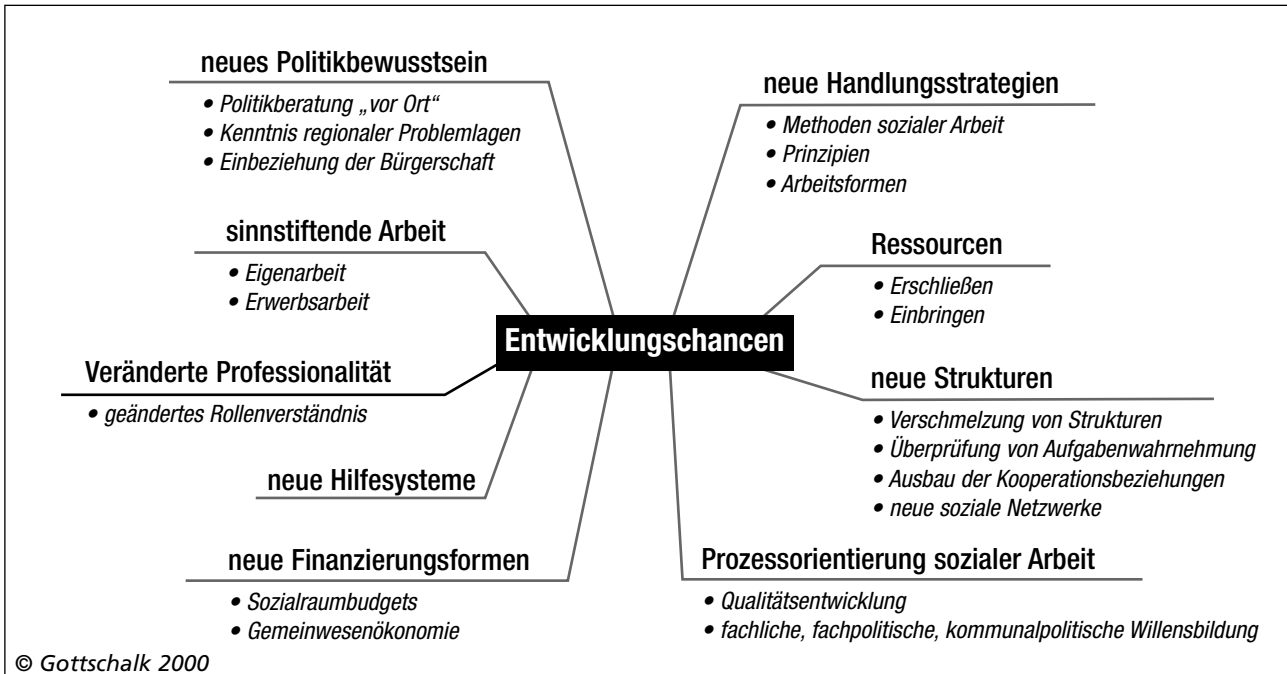


Aufgabenstellung ist:



Dieser Entwicklungsansatz wurde im Rahmen eines 3-jährigen EU-Projektes als Magdeburger Modell durch die Landeshauptstadt Magdeburg eingebracht und konnte als Modellansatz in mittlerweile 18 Arbeitsgruppen bestätigt werden.

Folgende Entwicklungschancen werden durch diesen Ansatz gesehen:



Durch eine offensive und lebensweltorientierte Herangehensweise wird an Entwicklungschancen für eine neue lokale Politik zur nachhaltigen bzw. zukunftsfähigen Entwicklung Magdeburgs gearbeitet.

400 Magdeburgerinnen und Magdeburger stellen sich in den 18 Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit (kurz: Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit) dieser langfristigen Aufgabe.

Das sind Vertreterinnen und Vertreter sozialer Einrichtungen wie Schulen, Kindertageseinrichtungen etc.; von Vereinen, freien Trägern der Jugend- und Altenhilfe, von Institutionen, von Ämtern der Stadtverwaltung, von Wohnungsunternehmen, stadtteilorientierte Kontaktbeamte der Polizei, Magdeburger Stadträtinnen und Stadträte, Bürgerinitiativen und Bürgervereine, interessierte Bewohnerinnen und Bewohner und Gewerbetreibende des jeweiligen Stadtteils.

In den mit Unterstützung durch die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit selbstorganisierten Projekten zur Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen Magdeburgs wurden in den vergangenen Jahren jährlich bis zu 15.000 Magdeburgerinnen und Magdeburger erreicht.

Ermöglicht wurde diese Arbeit u. a. durch die Bereitstellung des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit durch den Magdeburger Stadtrat.

Was ist der Magdeburger Initiativfonds Gemeinwesenarbeit ?

50.000 EUR für Mach mit – Projekte in Magdeburger Stadtteilen

Der in 2000 erstmalig eingestellte Initiativfonds für die Unterstützung und Entwicklung von Projekten zur stadtteilorientierten Sozial- und Kulturarbeit unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in den Magdeburger Stadtteilen unterstützt folgende politische Zielstellungen bzw. Grundsätze des Magdeburger Stadtrates:

- Entwicklung der Gemeinwesenarbeit durch Unterstützung von Aktivitäten (Initiativen, Aktionen, Projekten) von Bürgerinnen und Bürgern (Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements)
- keine Vollfinanzierung von Maßnahmen und Einrichtungen, sondern Teilfinanzierung zur Aktivierung des Social-Sponsoring
- Entwicklung eines einfachen bürgerorientierten Verfahrens zur Umsetzung von Haushaltsmitteln zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements (flexible, schnelle, kurzfristige Mittelgewährung)
- Einbeziehung der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit zur Anregung von Aktivitäten
- Beachtung der aktuellen Entwicklungen in den Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit

Die Mittelverwendung ist an die Kriterien zur Mittelbereitstellung gebunden:

u. a.:

- **Fondsumsetzung**
 - . Gleichverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend der zu Jahresbeginn eines jeden Jahres festzustellenden Anzahl an AG'n Gemeinwesenarbeit
 - . Mittelumsetzung im Rahmen des Verwaltungshandelns der Stadtverwaltung
- **Projektgrundlagen**
 - . Berücksichtigung vorhandener Angebote im Stadtteil
 - . Nachweis von Bürgerbeteiligung im / durch das Projekt
 - . projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit
- **Entscheidungsstruktur zur Mittelvergabe**
 - . Bewertungen der Rang-, Reihenfolge, Dringlichkeit werden durch die AG'n Gemeinwesenarbeit nach Inhalt und Bedarf vorgenommen
 - . einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Teilnehmer (eine Institution eine Stimme, jede Bürgerin/jeder Bürger eine Stimme).

Es ergeben sich neben den Projekten, die sich durch den Initiativfonds Gemeinwesenarbeit anregen lassen auch Projekte, die „vor Ort“ ohne zusätzliche Mittel durch die in den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit Tätigen oder aktivierte Bürgerinnen und Bürger realisiert werden.

Die Arbeit in den 18 Magdeburger Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen der Landeshauptstadt Magdeburg wird seit 1999 innerhalb von Fachtagungen und Fachforen reflektiert, z. B. zum „2. Reflexionstag Gemeinwesenarbeit“ mit 94 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 15.05.2002 in Magdeburg (ausführlich siehe Seite 57 ff).



Impressionen vom 2. Reflexionstag Gemeinwesenarbeit 15. Mai 2002

Schlusswort der Beigeordneten für Jugend, Soziales und Gesundheit in der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Reflexionstag Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg:



Beate Bröcker
*Beigeordnete für Jugend,
Soziales und Gesundheit*

„Ich bin sehr beeindruckt von der bisher geleisteten Arbeit im Rahmen der Gemeinwesenarbeit und von Ihrer Beständigkeit zur Entwicklung dieses für die Stadt wesentlichen Ansatzes zur Unterstützung und Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements. Soziale Potenziale und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu stärken, ist eine Aufgabe aller in dieser Stadt, in diesem Gemeinwesen lebenden und tätigen Bewohnerinnen und Bewohner. Dieser Ansatz wird durch die Magdeburger Stadträtinnen und Stadträte auch durch die Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit oder zur Diskussion an der Weiterentwicklung des Arbeitsansatzes zur Gemeinwesenarbeit dokumentiert. Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung arbeiten ganz aktiv mit. Das finde ich sehr positiv. Die Stadtverwaltung zeigt damit 'Gesicht' im Stadtteil und ist unmittelbarer Ansprechpartner für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir haben stadtteilorientiert Problemstellungen erkannt, die einer Lösung bedürfen. Ich freue mich, mit Ihnen gemeinsam an diesen Lösungen zu arbeiten.“

Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg?

(Übersicht Stadtteile 2001/2002 Seite 41)

Drei Beispiele – Arbeitsgruppen Kannenstieg, Olvenstedt und Reform

Auszug aus der Stadtteilzeitung

AG Gemeinwesenarbeit im Kannenstieg

Allgemeines

Die AG GWA im Kannenstieg wurde wie die anderen Arbeitsgruppen vom Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg initiiert und tagte am 9. Juli 1998 zum ersten Mal. Der Teilnehmerkreis besteht hauptsächlich aus Vertretern verschiedener städtischer Institutionen (z. B. Grund- und Sekundarschule, Kindergärten, Jugendamt, Sport- und Schulverwaltungsamt, Stadtplanungsamt, Magdeburger Stadtgartenbetrieb) und/oder Einrichtungen im Stadtteil Kannenstieg (z. B. Bürgerhaus, AWO, Sportverein, einer Stadträtin, Vertretern der betreffenden Wohnungsbaugenossenschaften bzw. der Wobau GmbH, der Polizei und Mitarbeiterinnen eines Planungsbüros). Der Verteiler umfasst z. Zt. 35 Organisationen bzw. Einzelpersonen. Bürger konnten zur aktiven Mitarbeit in der AG noch nicht gewonnen werden.

Die AG trifft sich im 2-monatlichen Rhythmus; bei Bedarf auch öfter. Ebenfalls bedarfsweise oder themenbezogen werden Kleingruppen (z. B. Organisation Stadtteilst, Vorbereitung Eröffnung Kinderspielplatz) gebildet. Zunächst traf sich die AG nach Möglichkeit und auf Wunsch reihum bei einer in der AG vertretenen Institution verbunden mit der Gelegenheit, die Arbeit der jeweiligen Institution vorzustellen. Nun treffen sich die Teilnehmer der AG in der Regel im Bürgerhaus. Die Organisation der AG (Einladungen, Tagesordnung, Protokoll, Moderation) wurde anfangs von Praktikantinnen, welche im Rahmen ihres Studiums zeitweise im Jugendamt beschäftigt waren, durchgeführt. Da diese Praktikumsplätze nicht mehr neu besetzt wurden, musste die Organisation der AG durch die Mitglieder selbst (im Wesentlichen durch eine Person) übernommen werden.

In der AG wurden bisher folgende Punkte thematisiert:

- Einführungsrunde in der AG GWA (s. oben)

- **Stadtteilst**

Am 25. August 2001 wurde im Kannenstieg das erste Stadtteilst gefeiert. Die Vorbereitung des Stadtteilstes wurde durch eine Kleingruppe organisiert. Als vorteilhaft erwies sich die Zusammenlegung mit den Festen des Bürgerhauses und des Sportvereins. Die Beteiligung der im Stadtteil ansässigen Einrichtungen, Geschäfte, etc. war rege und die Resonanz entsprechend groß.



Sommerfest des Bürgerhauses

- **neue Bushaltestelle**

Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung wurde von der MVB eine zusätzliche Bushaltestelle auf der Johannes-R.-Becher-Straße in Höhe der Pablo-Picasso-Straße eingerichtet.

- **Schaukasten**

In der AG wurde das Problem aufgetan, dass man von vielen Einrichtungen und deren Aktivitäten nichts weiß. Abhilfe sollte hier ein Schaukasten schaffen, in dem Veranstaltungshinweise oder auch eine kurze Vorstellung von den Einrichtungen veröffentlicht werden können. Einig war man sich in der AG auch darüber, dass im Schaukasten keine Werbung von Geschäften u. ä. ausgestellt werden soll. Der Schaukasten wurde von der ansässigen Behindertenwerkstatt hergestellt, eine andere Teilnehmerin der AG kümmerte sich um die Genehmigung zur Aufstellung. Problematisch ist die fortlaufende Bestückung des Schaukastens. Nach der Zerstörung des Schaukastens um die Jahreswende 2001/02 wurde er im Frühjahr von der Behindertenwerkstatt wieder in Stand gesetzt.

- **TLG-Gebäude & Umgebung**

Das Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft des Bürgerhauses steht schon seit geraumer Zeit leer; die Außenanlagen werden nicht gepflegt und der Zugang ins Haus ist nur unzureichend gesichert. Ein Schreiben im Namen der AG hat hier zumindest vorübergehend Besserungen erzielt.

Ebenfalls seit 1998 wird für den Stadtteil Kannenstieg ein Stadtteilentwicklungskonzept (STEK) vom Büro für Siedlungserneuerung (BfSE) aus Dessau erarbeitet. Das STEK und die Aufnahme des Stadtteils Kannenstieg in ein Förderprogramm wirken sich auch positiv auf die Arbeit der AG aus. Die AG konnte durch Hinweise Einfluss auf die durchzuführenden Maßnahmen nehmen. Hierzu zählen beispielsweise:

- **Spielplatz**

Das vom Magdeburger Stadtgartenbetrieb festgestellte Defizit an Kinderspielflächen wurde im STEK durch einen konkreten Standortvorschlag weiter behandelt. Im Rahmen einer Kinder- und Jugendbeteiligung wurden Vorschläge zu Möblierung gemacht.

- **Stadtteilkompass**

Der Stadtteilkompass in Form einer Broschüre hat eine ähnliche Funktion wie der Schaukasten. Bisher ist es nur bei einer Erstauflage geblieben, die vom BfSE im Rahmen des STEK erarbeitet wurde. Für die Realisierung einer zweiten Auflage haben sich bisher noch keine Interessenten finden können.

- **Jugendtreffpunkte**

Ein wesentliches im STEK festgestelltes Defizit ist das Fehlen von Jugendtreffpunkten. Unter Zuhilfenahme der Ergebnisse aus der Kinder- und Jugendbeteiligung wurden erste Vorschläge zu Standorten erarbeitet (z. B. Rodelberg, Nachnutzung ehemaliger Wärmeübergangstationen der SWM, Neuaufteilung im Hof 10er-Quartier)

- **Umgestaltung Umfeld Bürgerhaus & „Kleine Mitte“**

Die im STEK erarbeiteten Inhalte wurde mit der Planung durch ein Architekturbüro fortgeführt, mit den Nutzern des Bürgerhauses abgesprochen und abschließend der AG vorgestellt. Die Bauausführung ist für den Sommer 2002 vorgesehen.

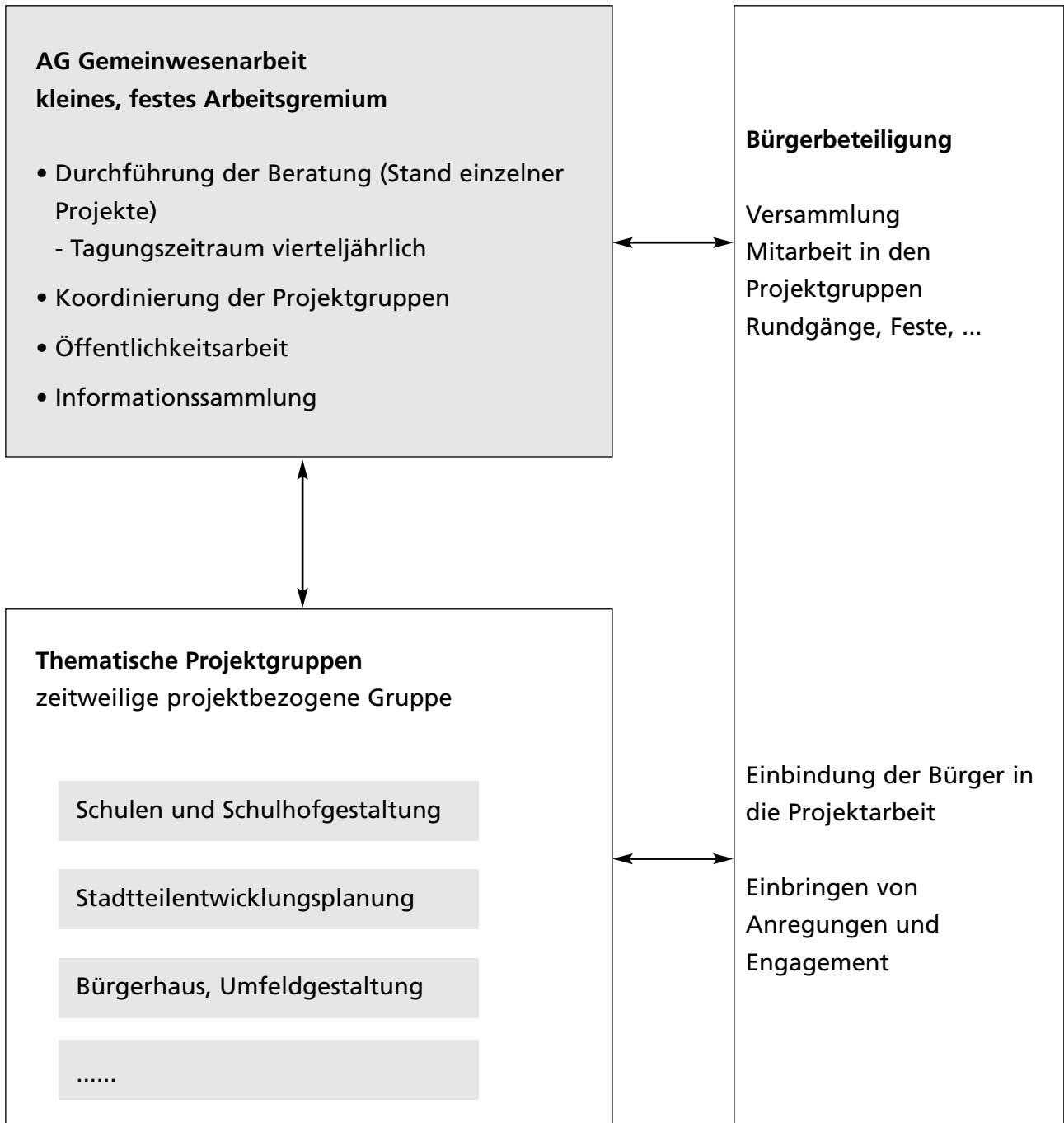
- **Gestaltung Rodelberg**

Im Rahmen des STEK wurde eine Grünfläche mit mehreren Elementen als Jugendtreffpunkt aufgewertet. Als erste Maßnahme wird nach den Hinweisen aus einer Jugendbeteiligung im Sommer 2002 eine Hütte mit Bänken und einem Sitzelement aus Beton realisiert.

Angestrebte Struktur zur Stadtteilarbeit im Kannenstieg

AG Gemeinwesenarbeit

kleines, festes Arbeitsgremium



Das Arbeitsmodell der Gruppe funktioniert durch die Bereitschaft einzelner Mitglieder, die sich engagiert einbringen, was sich auch in der Ideenentwicklung widerspiegelt, die sehr zahlreich und interessant ist.

Es wird in der Gruppe ressourcenorientiert und konstruktiv gearbeitet.

Die Zuordnungen von Arbeitsformalitäten und Verbindlichkeiten in der Zusammenarbeit sind nicht geregelt, z. B. ämterübergreifende Kooperationsbereitschaft, mit entsprechender Definition von Aufgaben und Ausübungen fehlen. Es muss auch vermieden werden, dass ein „Absitzen“ der Arbeitszeit erfolgt.

Durch die Stadt muss geklärt werden, dass Zeit für die GWA-Arbeit benötigt wird. Moderation, Koordination usw. sind kaum zu realisieren, weil jeder mit seiner eigentlichen Tätigkeit schon gut ausgelastet ist. Daher können viele der entwickelten Ideen nicht konkretisiert und weiterverfolgt werden. ...

Schwierigkeiten ergeben sich durch die nicht geklärten Organisationsformen und deren Aufgaben bzw. Kompetenzen. Diese Problematik sollte stadtweit diskutiert werden.

Regelmäßig, etwa alle Jahre sollten die Beigeordneten über Entwicklungen und Notwendigkeiten informiert werden.

Das eigentliche Anliegen der GWA – Bürger zu gewinnen, die ihr Anliegen selbst lösen, wurde nicht zur Zufriedenheit erreicht. Punktuell, besonders wenn es „brennt“, bilden sich Bürgerinitiativen (Schließung einer Kindertageseinrichtung, Bau von Windkraftträdern), welche sich, wenn das Problem gelöst ist, sehr schnell wieder auflösen.

Es gab einzelne Bürgerbeteiligung, aber eine organisierte Gruppe (Bürgerverein) ist nicht entstanden. Der Versuch, mit Hilfe einer Bürgerversammlung Anwohner die Gemeinwesenarbeit nahe zubringen und diese für die Mitarbeit zu begeistern, hat nicht besonders gut geklappt. Es besteht auch die Gefahr, dass sich diese Runde zu einer „Meckerrunde“ entwickelt. Diese Arbeitsgremien müssen thematisch gut und genau vorbereitet werden. Da jedoch die meisten Einrichtungen für die Bürger des Kannenstieges arbeiten, werden die Meinungen, Sorgen und Anregungen – so gut es eben geht – mit in die AG hineingetragen und geklärt.

Ein großer Mangel der AG ist die fehlende Öffentlichkeitsarbeit. Das hängt jedoch wieder mit der Zusätzlichkeit der Gemeinwesenarbeit zusammen. Die Arbeit der AG konzentriert sich auf die Projekte und Vorhaben; das „Klappern“, was auch zum Handwerk der AG GWA gehört, wird dann meist vergessen.

Wir benötigen Reflexion, aber mit wem, wie und in welcher Form ist uns selbst noch nicht klar. Die vorhandenen Modelle können nicht unverändert auf die AG GWA übertragen werden. Notwendig wäre die Entwicklung neuer Modelle, die unsere Arbeit unterstützen.

Statement des Büros für Siedlungserneuerung (BfSE) zur AG GWA im Kannenstieg

Im Rahmen der Vorbereitung auf den Reflexionstag kam in der Kleingruppe der Gedanke auf, neben der Sichtweise der AG selbst, eine externe Institution um ein unabhängiges Statement zu bitten. Das BfSE, welches das STEK bearbeitet, schien uns dazu geeignet: Einerseits nahmen die Mitarbeiterinnen an fast jeder Sitzung der AG teil, andererseits blicken sie durch ihre vielfältige Arbeit in den Bereichen Stadtplanung und Stadtteilmanagement über den „Tellerrand“ Magdeburgs hinaus und geben dadurch wichtige Impulse für die Stadtteilarbeit. Im Folgenden nun inhaltlich unverändert das Statement des BfSE:

Die AG GWA im Kannenstieg ist ein Arbeitsgremium der sozialen Einrichtungen und weiterer Institutionen zur Abstimmung zwischen und der Koordination der Tätigkeiten der Teilnehmer im Stadtteil (soziale Einrichtungen, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Bürgerhaus, freie Träger, Wohnungsunternehmen, Jugend-, Planungs-, Sozial und Wohnungsamt sowie Stadtgartenbetrieb der Stadt, Kontaktbeamter, Planungsbüro, Stadträte, Vertreter des Seniorenrates, Vereine).

Sie ist kein Gremium der Bürgerbeteiligung. Es ist nicht Aufgabe und Kompetenz einer Kita-Leiterin oder eines Schuldirektors, Kontaktbeamten oder Vereinsvorstandes, allgemeine Bürgerbeteiligung im Stadtteil zu organisieren. Die Mitglieder der AG realisieren natürlich innerhalb ihrer „normalen“ Arbeit den Kontakt zu ihren jeweiligen Nutzern, Mitgliedern, Kindern und Eltern, aber dies ist aufgabenbezogen.

Wenn das Ziel der Bürgerbeteiligung im Stadtteil von Seiten der Stadt(verwaltung) formuliert wird, dann muss dafür eine geeignete Struktur, Personen/Kompetenz und Arbeitsweise im Stadtteil aufgebaut werden.

Bürgerbeteiligung/-aktivierung funktioniert nicht allgemein, sondern muss an den konkreten Alltagserfahrungen, -problemen und -bedürfnissen der Bewohner anknüpfen und in klar definierten Zeiträumen Ergebnisse (= Veränderungen, Problemlösungen) sichtbar erzielen, z. B. Beteiligung der Schüler, Eltern und Lehrer an der Schulhofgestaltung (Analyse der Situation, Planung und Realisierung).

Bürgerbeteiligung im Stadtteil erfordert einen kontinuierlichen Ansprechpartner (dies wäre im Idealfall der Stadtteilmanager), der die Beteiligung organisiert und die Umsetzung der angeschobenen/geforderten Aktivitäten und Veränderungen koordiniert und begleitet. Sinnvollerweise sind die zwei Strukturen – AG GWA als Koordinierungsgremium und Formen der Bürgerbeteiligung, z. B. Stadtteilforum oder -verein – zu vernetzen. Dazu gehört auch, dass die Ergebnisse der Arbeit der AG GWA als Information in die Öffentlichkeit und die Bürgerbeteiligung einfließen oder die AG bestimmte Vorhaben der Bürgerbeteiligung anstößt und unterstützt.

Die AG GWA im Kannenstieg ist ein Arbeits- und Koordinationsgremium und hat sich in den letzten beiden Jahren in dieser Form bewährt, es erfolgen bilaterale und multilaterale Abstimmungen. Die gegenseitige Kenntnis der Einrichtungen und Möglichkeiten führt zu einer

Vernetzung der Aktivitäten und Kompetenzen, damit zu Synergien und neuen Aktivitäten der Mitglieder im Stadtteil. Gerade diese arbeits- und akteursorientierte Zusammenarbeit und Vernetzung der Mitglieder in der AG ist ihre Stärke.

Diese Form der AG hat (zum Schutz ihrer Arbeitsfähigkeit) Grenzen: sie sollte keine öffentliche Bürgerversammlung sein, sondern effektives Arbeiten der Institutionsvertreter ermöglichen. Andererseits haben die Erfahrungen auch gezeigt: Die Teilnehmer der AG können bestimmte Koordinationsleistungen zusätzlich zur eigenen Arbeit nicht leisten, z. B. einen Veranstaltungskalender oder eine laufende begleitende Öffentlichkeitsarbeit organisieren und realisieren. Dafür ist ein enormer zusätzlicher Zeit- und Arbeitsaufwand notwendig, den die Teilnehmer neben ihrer normalen Arbeit nicht leisten können. Dafür wäre es gut, einen Ansprechpartner und -ort für alle Akteure im Stadtteil zu haben (Stadtteilbüro und Stadtteilmanagement).

Zu den Fragen des Reflexionstages Gemeinwesenarbeit am 15.05.2002 (siehe S. 57)

1. Beschreibung, wie funktioniert die AG GWA (s. o.)
2. Im Stadtteil Kannestieg gibt es keine Bürgervereine (auf Stadtteilebene), um diese zu aktivieren und zu unterstützen braucht es einer kontinuierlichen „Suche“ = Arbeit im Stadtteil, Begleitung und Aktivierung (dies kann nicht die AG leisten)
3. Nur als Besucher von Veranstaltungen, eventuelle Anfänge, die von der AG angestoßen und begleitet werden können, eine Aktivierung muss von einer eigenen Person/Institution erfolgen
4. Gute Arbeit im Zusammenhang mit dem 1. Stadtteilstfest (Zeitungen, Spielplatzeröffnung), Problem: die Definition der Rolle und Kompetenz der AG von seiten der Stadt und Ämter ist noch unklar (Beispiel Spielplatzeinweihung, bei der die Rolle und Leistungen der AG bei der Vorbereitung des Vorhabens nicht gesehen und gewürdigt wurden)
5. erste positive Ansätze: Sponsoren, Fonds und Beiträge der Teilnehmer, aber um diesen Bereich professioneller zu machen, braucht es kontinuierliche Arbeit/Kompetenz (Beispiel: BfSE hat in Krisensituation vor dem Stadtteilstfest wegen drohender Mittelkürzung die Stadtparkasse als Sponsor gewonnen).

Herausgegeben anlässlich des Reflexionstages der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg am 15. Mai 2002

Redaktion: Annette Münzel, Simone Hübner, Dirk Polzin (AG Gemeinwesenarbeit im Kannestieg) Magdeburg, im Mai 2002

Petra Femel

Leiterin der Kindertageseinrichtung „Käferwiese“

Projektbericht aus der Praxis der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Olvenstedt

Kindertageseinrichtung „Käferwiese“

„Begonnen hatte alles vor ca. fünf Jahren. Die Leiterin und die Mitarbeiterinnen der Kita „Käferwiese“ wollten mit den Jugendlichen sprechen, die schon seit einiger Zeit die Freiflächen der Kindertageseinrichtung nutzten, dabei ihren Müll hinterließen und die auch das eine oder andere Spielgerät einem jugendlichen „Belastungstest“ unterzogen. Man wollte mit sich mit ihnen verständigen und „Aufenthalts- und Benutzungsregeln“ aushandeln. So erhielten die Jugendlichen über den Streetworker eine Einladung zum „Tag der offenen Tür“ und erstaunlicherweise wurde die Einladung angenommen.

20 Jugendliche ließen sich vom Team der Kindertageseinrichtung mit Cola und Kuchen bewirten und waren gespannt auf das, was da noch kommen sollte.

Nachdem die Leiterin den Jugendlichen erklärt hatte, dass sie nicht unbedingt das Gelände räumen müssten, aber dass es ohne die Einhaltung bestimmter Regeln und Verhaltensweisen nun mal nicht geht, war man nach anfänglicher Zurückhaltung doch bald in angeregte Gespräche über das „Wie“ vertieft.

Die an diesem Tag gemeinsam getroffenen Absprachen zum Aufenthalt auf dem Gelände der Kindertageseinrichtung konnten von den Jugendlichen, bis auf wenige Ausnahmen, eingehalten werden. Und da man sich jetzt persönlich kannte, wurden die „Ausnahmen“ auch gemeinsam besprochen und entstandene Schäden von den Jugendlichen behoben. Nach einiger Zeit war es sogar möglich, die Jugendlichen zu motivieren, die farblich arg lädierten Spielgeräte mit einem neuen Anstrich zu versehen.

Der Herbst mit seinen ungemütlichen Tagen sollte wieder Bewegung in das „Nachbarschaftsverhältnis“ bringen. Da die Jugendlichen nicht wussten, wo sie sich während dieser unfreundlichen Jahreszeit aufhalten konnten und die nahe gelegenen Jugendclubs schon von anderen Jugendlichen besetzt waren, kamen sie zur Leiterin der Kindertageseinrichtung mit der Bitte, doch die nebenan befindliche, leerstehende Kindertageseinrichtung nutzen zu dürfen. Nach vielen Gesprächen, auch mit dem Amtsleiter des Jugendamtes, Herrn Förster, und in den Diskussionsrunden der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Olvenstedt, bekamen die Jugendlichen die Möglichkeit, mehrere Räume in der leerstehenden Kindertageseinrichtung als „selbstverwalteten Jugendtreff“ zu nutzen.

Seit dieser Zeit hat sich über Höhen und Tiefen ein ziemlich stabiler selbstverwalteter Jugendtreff entwickelt.

Das interessante an dieser Entwicklung ist nicht nur die entstandene Jugendeinrichtung, sondern das Miteinander der Kindertages- und der Jugendeinrichtung.

Mittlerweile unterstützen die Jugendlichen die Mitarbeiterinnen regelmäßig beim jährlichen „Käferfest“ und anderen Höhepunkten oder laden selbst zum schon traditionellen „Osterfeuer“ ein.

Man darf auf die weitere Entwicklung dieses Projektes gespannt sein und sich wünschen, dass dieses Beispiel erfolgreicher Gemeinwesenarbeit in anderen Gebieten Anlass zum Nachdenken und Handeln sein kann.“

Karl-Heinz Schulz / Maria Pusch

Ergebnisse und weitere Vorhaben der AG Gemeinwesenarbeit Reform

Einwohnerinitiative „Jung und Alt für Reform“

Wir haben uns folgende Aufgaben gestellt:

1. Förderung bzw. Entwicklung des demokratischen Einwirkens der Bevölkerung auf die kommunale Politik, besonders die Großsiedlung Reform betreffend:

- Durch die monatlich durchgeführten öffentlichen Beratungen der Einwohnerinitiative, die an jedem 3. Dienstag des Monats stattfinden, eine enge Verbindung zum Sozialzentrum V in Magdeburg und die bisherigen Treffen der AG Gemeinwesenarbeit in Reform erhalten die Bürger Gelegenheit, ihre Probleme und Vorschläge in die Arbeit einzubringen.
- Die vorgesehene Umbenennung der Walter-Kassner-Straße und der Hans-Hauschulz-Straße in Reform zog einen größeren Widerspruch der davon betroffenen Bürger nach sich. Die Einwohnerinitiative führte eine öffentliche Befragung durch; mehr als 340 Unterschriften gegen diese Umbenennung wurden geleistet.
- Zu den zuständigen Stadträtinnen und Stadträten und städtischen Institutionen gibt es eine enge Verbindung.

2. Förderung des generationsübergreifenden Dialogs und Gemeinsinns der Einwohner durch die Einflussnahme auf das geistig-kulturelle und sportliche Leben.

- Das III. Stadtteilstfest „30 Jahre Reform“ fand im Mai 2002 mit ca. 12.000 Teilnehmern statt, das durch Gewerbetreibende und die Stadt Magdeburg durch den Initiativfonds Gemeinwesenarbeit gesponsert wurde.
- Unterstützung der Stadtteilbibliothek Reform anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens sowie einiger Kindertagesstätten, der Hugo-Kückelhaus-Schule und der Grundschule Lindenhof bei besonderen Anlässen.
- Durchführung eines internationalen Jugend-Fußballturniers während des III. Stadtteilstfestes unter dem Motto: „Sport gegen Gewalt und Ausländerhass“.

3. Mitarbeit an der Gestaltung eines sauberen und sicheren Stadtteils:

- In Absprache mit dem Behindertenbeauftragten des Magistrates und mit dem Tiefbauamt wurden bauliche Maßnahmen zur behindertengerechten Absenkung von Bordsteinen und Gehwegen, zum Neubau von Fußwegen (Kirschweg zwischen Lilienweg und Hermann-Hesse-Str.) sowie eine neue Verbindungstreppe im Bereich Walter-Kassner-Str. erreicht.
- Bei vier Begehungen im Wohngebiet und angrenzendem Umland auf verschiedenen Routen wurden die Dreckecken fotografisch dokumentiert und den zuständigen Wohnungsgesellschaften zur Einsichtnahme vorgelegt. Ergebnisse liegen bereits vor, aber es ist noch eine Menge zu tun.
- Ein kritisches Augenmerk wird auf den weiteren Umbau des Wohngebietes und auf eine Mitarbeit an bürgerverträglichen Lösungen gelegt.
- Nutzungsvarianten für den Verkehrsgarten Reform sind zu finden.

Derzeit hat die Einwohnerinitiative „Jung und Alt für Reform“ etwa acht bis zehn ständige Mitstreiter, sie sucht aber noch nach einem „Bürgertreffpunkt“ und nach weiteren Mitstreitern und Sponsoren. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialzentrum Südost des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg ist sehr gut und produktiv.

Landeshauptstadt Magdeburg

Diana Grünert



Programm Lokale Agenda 21 – Zukunftsfähigkeit in Magdeburg

Auf seiner Sitzung am 13.06.2002 fasste der Stadtrat den **Beschluss**:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Konzeption über die weitere Fortführung des Agenda 21 Prozesses in Magdeburg und in der Stadtverwaltung zu erstellen.

Was ist Lokale Agenda 21?

1 Die Agenda 21 von Rio de Janeiro 1992

1992 wurde auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro der Versuch gestartet, Umwelt und Wirtschaft miteinander zu verbinden und in den Mittelpunkt der Politik zu rücken.

Damit wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der darauf zielt, den Ausgleich zwischen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft zu gestalten.

Die in Rio verabschiedete Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, bestehend aus 40 Kapiteln.

Dabei werden in

Teil I (Kap. 2 - 8)	soziale und wirtschaftliche Dimensionen
Teil II (Kap. 9 - 22)	Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung
Teil III (Kap. 23 Präambel, Kap. 24 - 32)	Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen
Teil IV (Kap. 33 - 40)	Möglichkeiten der Umsetzung betrachtet.

Kernpunkt der Forderungen der Agenda 21 ist die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung mit den Einzelkriterien:

- internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und nationale Politik

- Armutsbekämpfung
- Veränderung der Konsumgewohnheiten
- Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung
- Schutz und Förderung menschlicher Gesundheit
- Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung
- Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung
- Schutz der Erdatmosphäre
- integrierter Ansatz für die Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen
- Bekämpfung der Entwaldung
- Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme (Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürren; nachhaltige Bewirtschaftung von Berggebieten)
- Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung
- Erhaltung der biologischen Vielfalt
- Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie
- Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren und Küsten sowie Schutz, rationelle Nutzung und Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen
- Schutz der Güte und Menge der Süßwasser-Ressourcen: Anwendung integrierter Ansätze zur Entwicklung, Bewirtschaftung und Nutzung der Wasserressourcen
- umweltverträglicher Umgang mit toxischen Chemikalien einschließlich Maßnahmen zur Verhinderung des illegalen internationalen Handels mit toxischen und gefährlichen Produkten
- umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle einschließlich der Verhinderung von illegalen internationalen Verbringungen solcher Abfälle
- umweltverträglicher Umgang mit festen Abfällen und Klärschlamm
- Sicherung und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen.

Betont wird in der Agenda 21 der partizipative und integrative Ansatz für die Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

2 Die Lokale Agenda 21

Viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und deren Lösung sind auf Aktivitäten der kommunalen Ebene zurückzuführen.

Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur. Sie überwachen den Planungsablauf, entscheiden über kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Dabei spielen sie ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch Erziehungs- und Mobilisierungsmaßnahmen.

Dem trägt die Agenda 21 Rechnung und benennt die Kommunen als wichtigen Akteur bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele.

Als Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind intensive Diskussionsprozesse, Öffentlichkeitskampagnen sowie die Überprüfung und Veränderung von Politik und gesetzlichen Regelungen auf lokaler Ebene vorgesehen.

Mit dem **Begriff Lokale Agenda 21** wird das Aktionsprogramm bezeichnet, das von den Kommunen durchgeführt werden soll, um auf der lokalen Handlungsebene die Umsetzung der Agenda 21 zu erreichen. Ziel ist dabei die Schaffung von optimalen Entwicklungsbedingungen im Sinne von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Verantwortung und Schutz der Umwelt für jede Gemeinde.

Somit beschreibt eine Lokale Agenda 21 das Leitbild für die zukunftsfähige Entwicklung der jeweiligen Gemeinde im 21. Jahrhundert. Sie setzt messbare Ziele und ordnet sie Instrumenten und Programmen zu ihrer Erreichung zu.

Die UN-Konferenz von Rio empfahl, mit dem Entwurf der Lokalen Agenda 21 durch die Kommunen bis 1996 zu beginnen.

3 Die Lokale Agenda 21 in Magdeburg – Beschlusslage und erste Projekte

Die Landeshauptstadt Magdeburg bekannte sich ebenfalls zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene.

- A** Beschluss zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda für Magdeburg vom 09.06.97
Beschluss-Nr. 1259-62(II)97

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bekennt sich zu der lokalen Untersetzung des auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio verabschiedeten Umwelt- und Entwicklungsprogramms für das 21. Jahrhundert (Agenda 21).

Zur Ausarbeitung der Grundsätze für eine Lokale Agenda 21 ist eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der Verwaltung zu bilden. Das Grundsatzpapier ist dem Stadtrat in der Oktobersitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage des Grundsatzpapiers sowie unter Einbeziehung der Bundesgartenschau 1999, für Magdeburg eine lokale Agenda 21 zu erstellen. Dabei ist eine breite Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik, Öffentlichkeit, Wirtschaft und Verbänden herzustellen.

- B** Feststellender Beschluss zur Betreuung des Agenda-Prozesses vom 11.09.97

Durch diesen feststellenden Beschluss wurde dem zeitweiligen Ausschuss Energiebeirat die Betreuung des Agenda-Prozesses übertragen.

C Beschluss zur organisatorischen Begleitung des Prozesses der Lokalen Agenda vom 07.05.98 Beschluss-Nr. 1652-81(II)98

1. *Benennung einer Person in der Verwaltung für die Koordinierung des Agenda-Prozesses innerhalb der Verwaltung und als Anlaufstelle für Aktivitäten zur Agenda, die von außen an die Verwaltung herangetragen werden.*
2. *Für die Zuordnung der Agenda-Personalstelle wird das Umweltamt empfohlen.*
3. *Als federführender Ausschuss für die weitere Betreuung des Agenda-Prozesses wird wie bisher der Energiebeirat benannt.*

In Umsetzung der Beschlüsse wurde die Arbeitsaufgabe dem Umweltamt bei Beibehaltung des vorhandenen Personals zugeordnet.

Während einer **Auftaktveranstaltung im November 1998** wurden alle Ämter mit dem Anliegen der Agenda 21 bekannt gemacht. Gesprächsrunden des Amtes 31 mit einzelnen Ämtern, sowie mit der Kinderbeauftragten mündeten in eine **open-space-Veranstaltung im Juli 1999**. Diese Veranstaltung unter dem Motto „Miteinander für Magdeburg“ wandte sich sowohl an Verwaltungsmitarbeiter als auch an die Magdeburger Bevölkerung. Sehr intensiv brachte sich dabei die Initiativgruppe „Stadtvisionen – Lokale Agenda 21“ ein.

Die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 ist untrennbar mit der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung verbunden. Nur Zielstellungen und Maßnahmen, die Ergebnis eines breit angelegten Diskussionsprozesses mit den Magdeburger Bürgern sind, bieten die Gewähr für eine breite Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit. Aus diesem Grund wurde für das Jahr 2000 sowie das 1. Halbjahr 2001 mit dem Verein „Stadt-Visionen Agenda 21 für Magdeburg e.V.“, der sich aus der Initiativgruppe entwickelte, ein **Kooperationsvertrag** abgeschlossen. Ziel war die Organisation und fachliche Betreuung von Agenda 21-Themengruppen von der Konzepterstellung bis zur Öffentlichkeitsarbeit und Projektbetreuung.

In einem Bericht des Vereins zur Vertragsabrechnung wurde herausgearbeitet, dass eine Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben „in der Verwaltung nebenbei“, über ein Ehrenamt bzw. eine ABM/SAM-Stelle nicht ausreichend ist. Die mit dem Vertrag verbundenen **Erwartungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung wurden nicht erfüllt.**

In der **Stadtverwaltung** gibt es zahlreiche Ansätze und Projekte, die den Anforderungen der Agenda 21 gerecht werden.

Im folgenden sollen einige benannt werden.

So sind gute Ansätze für zukunftsfähiges Arbeiten unter starker Beteiligung der Magdeburger im Museum für Naturkunde vorhanden. Hier wird unter Einbeziehung der Magdeburger Geschichte und der Magdeburger Bürgerinnen und Bürger themenorientiert gearbeitet. Dabei werden auch naturwissenschaftliche Fachgruppen z. B. Ornithologen, Paläontologen an das Museum gebunden.

Ergebnisse einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Arbeit liegen ebenfalls im Jugendamt der Landeshauptstadt vor. Hier wurde im Rahmen der **Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg eine Struktur** entwickelt, die eine möglichst gute Einbeziehung der Magdeburger ermöglicht. So orientieren sich die Arbeitsgruppen an lokalen Brennpunkten und fordern eine Mitwirkung der dortigen Bevölkerung geradezu heraus.

Den Ansprüchen der Agenda wird ebenfalls die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Gestaltungsprozess unserer Stadt gerecht. Im Rahmen des Projektes MACHT wird angestrebt, das Interesse von Jugendlichen für Politik und Gemeinwesen zu erhöhen und demokratische Prinzipien erlebbar zu machen. So wurde ihnen 1998 erstmalig unter dem Motto „Jugend im Stadtrat“ die Möglichkeit gegeben Anliegen und Anträge zu ihren Themen vorzubringen. Schule machen inzwischen auch Stadtteilforen zum „Spielen in der Stadt“ und die Einbeziehung von Schülern und Schülerinnen umliegender Schulen in die Planung von Spielplätzen. Mit der Kinderfreundlichkeitprüfung wurde zudem ein Instrument geschaffen, dass die Verwaltung an die Einhaltung von festgesetzten Kriterien bindet.

Beispielhaft sind die Aktivitäten von Frauen in Magdeburg. Bereits seit 1990 hat sich der Runde Tisch der Frauen in Magdeburg etabliert. Die Arbeitsfelder reichen von der konkreten Unterstützung von Frauen in Entwicklungsländern über die Erarbeitung von Frauen-Leitlinien bis zum Einmischen in die tägliche Politik.

Im Umweltamt wird seit 1997 das Projekt „Energieeinsparung an Magdeburger Schulen“ durchgeführt, das seit 1999 durch die Einführung des Pilotprojektes „fifty/fifty“ einen zusätzlichen finanziellen Anreiz für die beteiligten Schulen erhält. Beispielhaft für diese Projekte ist die sehr gute Zusammenarbeit sowohl zwischen den beteiligten Ämtern (Amt 40, Amt 65, Amt 31), weiteren Kooperationspartnern wie z. B. SWM, den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern als Akteuren und Multiplikatoren.

Im Jahr 2002 wurde als weiteres übergreifendes Projekt in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt die Erstellung eines Energiepasses für kommunale Gebäude umgesetzt.

Als Manko der bereits laufenden Agenda-Arbeit muss die fehlende Bündelung und die fehlende einheitliche „Vermarktung“ der Inhalte und Ergebnisse eingeschätzt werden. Derzeit wird ein einheitliches Agenda-Layout einschließlich Internetauftritt vorbereitet um zum Einen die Magdeburger Bevölkerung mit dem Anliegen der Lokalen Agenda vertraut zu machen und ihr zum Anderen die Vielzahl der Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Lokalen Agenda nahe zu bringen.

4 Indikatoren

In den Medien wird eine Vielzahl unterschiedlichster Indikatoren zur Wertung des Agenda-Prozesses diskutiert. Diese Modelle sind überwiegend regional orientiert und bieten somit kaum eine Vergleichsmöglichkeit untereinander.

2001 hat die Deutsche Umwelthilfe eine Kampagne und einen bundesweiten Wettbewerb zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21 unter der Bezeichnung „Zukunftsfähige Kommune“ ins Leben gerufen.

Die dort ausgewählten Parameter finden sich in zahlreichen Indikatorenzusammenstellungen von Kommunen und Ländern wieder. Sie bieten auf Grund des Wettbewerbscharakters der Kampagne zudem den Vorteil der Vergleichbarkeit der eigenen Kommune mit anderen. Die Landeshauptstadt Magdeburg wird daher diese Indikatoren für ihren Agenda-Prozess nutzen.

5 Konzeptionelle Ansätze

Die **inhaltliche Arbeit** mit der Agenda 21 muss sich an folgenden **Kriterien** messen:

- Nachhaltigkeit (sozial, ökonomisch und ökologisch)
- Integration (Vernetzung, integrative Lösungsansätze, Innovation, Abgehen vom Ressortdenken)
- Partizipation (umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit, Stärkung der Rolle von Frauen, Kindern und Jugendlichen, indigenen Völkern, Land- und Forstwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Privatwirtschaft, Arbeitnehmern und Gewerkschaften, nichtstaatlichen Organisationen, Kommune)

Für die Landeshauptstadt Magdeburg bieten sich folgende Handlungsfelder an:

A nachhaltiger Umgang mit Ressourcen

- Städtische Gebäude (gegenwärtig Energiepass als Pilotvorhaben in Arbeit)
- Städtischer Fuhrpark: Konsequente Ausrichtung auf Energiesparantriebe, Erdgas,
- Städtisches Beschaffungswesen: Einsatz von Recyclingprodukten, Verzicht auf bestimmte Produkte
- Nachhaltige Mobilität
- Nachhaltige Wirtschaftsansiedlungspolitik: Priorität für Unternehmen mit regionalem Bezug, ökologische Standards
- Regenerative Energieerzeugung: Beteiligung an der Kampagne „Solarkommune“; Biogasnutzung
- Wassersparaktionen etc.

B Entwicklungspolitik und Stärkung benachteiligter Gruppen

- Zusammenarbeit mit Eine-Welt-/ Vierte-Welt-Gruppen
- Förderung des Fairer-Handel-Engagements
- Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen
- Stärkung der Rolle der Frauen

C Gesundheitspolitik

- Wahrnehmung von Aufgaben im Gesunde-Städte-Netzwerk

D Beteiligungsprozess

- intensive Einbeziehung von Magdeburger Bürgern.

Die angesprochenen Handlungsfelder beinhalten zahlreiche **Querbeziehungen**. So steht eine effektive Gesundheitsvorsorgepolitik z.B. in starkem Zusammenhang mit dem Thema Mobilität. Denn jedwede Verkehrs-Bewegung ist zwangsläufig mit Lärm verbunden, der Belästigungsquelle Nr. 1 mittlerweile in Deutschland. In der Stadt haben wir mittelfristig in einzelnen Wohngebieten mit einer durch Lärm verursachten Abwanderung der Einwohner zu tun. Damit sind wiederum auch soziale Brennpunkte in der Entstehung begriffen.

Gleiches gilt auch, begreift man Energiesparpolitik in all ihren Dimensionen. Denn der Verkehr stellt „den Wachstumsmarkt“ beim Ressourcenverbrauch und damit bei der Klimaschädigung dar; er ist zudem der gegenwärtig stärkste Bereich, der Naturräume zerstört (Zerschneidung, Verinselung von Lebensgemeinschaften und dadurch Schwächung des Genpools von Flora und Fauna).

Daraus ergibt sich, dass in **allen Bereichen** der Verwaltung der Stadt Handlungsansätze zur Arbeit an der Lokalen Agenda 21 bestehen.

Im Zuge der weiteren konzeptionellen Untersetzung sollten zunächst nur einzelne Themen der o.g. Handlungsfelder detaillierter betrachtet werden.

Denkbar wären:

- **Nachhaltige Mobilität**
- **Gesunde-Städte-Netzwerk**
- **Fairer Handel.**

Für diese Themen gibt es bereits Ansätze. So stellt beispielsweise das Thema **Mobilität** wegen seiner übergreifenden Wirkung ein Kernfeld dar. Es bietet aufgrund der allumfassenden Betroffenheit – entweder als Schädigender oder als Geschädigter, und das oft in einer Person – viele Möglichkeiten, mit den Bürgern in einen Dialog zu treten.

Als Arbeitsansätze seien zunächst Stichworte wie Städtischer Fuhrpark, car-sharing, Einsatz von Dienstfahrrädern und Jobticket genannt.

Kernpunkt bei der Umsetzung der Ziele der Agenda 21 ist die Bürgerbeteiligung. Eine Kooperation mit den Magdeburger Bürgern setzt zweierlei voraus.

- Zum Einen muss die Stadtverwaltung transparent und kooperativ sein. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger offene Türen vorfinden. Entscheidend dabei ist, dass Entscheidungsprozesse von außen als beeinflussbar wahrgenommen werden und zwar auch, ohne dass eine starke Lobby vorhanden ist. In diesem Zusammenhang kommt dem Verwaltungsreformsprozess eine wesentliche Bedeutung zu. Denn über die Effektivierung der Arbeit der Verwaltung können entweder Kosten radikal gesenkt (Ziel bisher) oder durch freigesetzte Kapazitäten auch bessere Formen der Zusammenarbeit abgesichert werden.
- Aber: Der Dialogprozess sollte auch dadurch intensiviert werden, dass Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, ihre Aktivitäten zu koordinieren. Wenn es um gleiche Augenhöhe im Dialog geht, muss auch in wenigen ausgewählten Fällen eine Professionalisierung der Vertretung, entweder durch Mediatoren oder Koordinierungsstellen ermöglicht werden.

6 Arbeitsstruktur

Eine zukunftsbeständige Entwicklung lässt sich nicht verordnen. Zuviel hängt von einzelnen Menschen ab, von Entscheidungen die täglich von Privatpersonen oder Funktionsträgern getroffen werden.

Die Aufstellung eines kommunalen Aktionsprogrammes (der Lokalen Agenda 21) muss deshalb von einem möglichst breiten Konsens über die Richtigkeit der eingeschlagenen Zielrichtung getragen werden. Dieser Konsens kann nur herbeigeführt werden durch eine Kultur des Dialoges zwischen Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Interessengruppen und ortsansässiger Wirtschaft – eben den lokalen Agenda – Prozess.

Hierzu bedarf es u.a. einer Struktur, die diesen Prozess tragen kann. Sie muss folgenden Kriterien genügen:

- Übersichtlichkeit und klare Abgrenzung von Aufgaben
- Partizipation durch Einbeziehung möglichst vieler Akteure
- effektive Koordinierung und Organisation des Agenda - Prozesses
- Schaffung einer kompetenten Anlaufstelle.

Im Rahmen der derzeit laufenden Aufgabenkritik in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg wird auch das Projekt „Lokale Agenda 21“ mit seinen Handlungsfeldern betrachtet.

In diesem Zusammenhang wird insbesondere die organisatorische Umsetzung der Agenda-Arbeit den Erfordernissen anzupassen sein.

Anhang

Entwicklung der Organisationsstruktur der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit

Dr. Ingo Gottschalk **Stadtverwaltung** **Tel.: 5 40 31 04**

Koordination der Geschäftsführung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit

Frau Ziegler **Stadtverwaltung** **Tel.: 5 40 31 10**

Ansprechpartner/innen Stadtverwaltung für und Sprecher/innen der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg

Sozialregion Nord, Ansprechpartner Herr Pabst **Tel.: 5 40 61 92**

Sprecher/-innen

AG Neustädter See Herr Kunde, KJFE Oase 2 51 52 07

AG Kannenstieg Frau Münzel, AusZ des DPWW 2 51 29 33

AG Neustädter Feld Herr Bentenschneider, KJFE Bauarbeiter 2 52 39 53

AG Neue Neustadt Frau Göhner, Hort Umfassungsweg 2 51 22 52

Sozialregion Mitte, Ansprechpartner Herr Vesterling **Tel.: 5 32 20 12**

Sprecher/-innen

AG Alte Neustadt Frau Bolte, Schule „Anne Frank“ 5 43 16 44

AG Altstadt Herr Mainka, Zone! Der Medientreff 5 41 07 65

AG Ostelbien Frau Kubern, Kita „Prester“ 85 77 07

Sozialregion West, Ansprechpartnerin Frau Stechbarth **Tel.: 5 40 49 70**

Sprecher/-innen

AG Nordwest, Neu Olvenstedt Frau Baake, Stadtteilbibliothek 7 21 95 50
(östlich der Straßenbahn)

AG Alt Olvenstedt zurzeit n.b. 5 40 49 70

AG Neu Olvenstedt Herr Gehrman, Bürgerinitiative 9 90 82 05
(westlich der Straßenbahn) Olvenstedt

Sozialregion Süd, Ansprechpartnerin Frau Böttge **Tel.: 7 37 81 12**

Sprecher/-innen

AG Diesdorf/ Beimssiedlung Herr Neuss, ev. Markusgemeinde 7 33 97 62

AG Stadtfeld Ost Herr Völkers, CVJM 7 31 84 26

AG Sudenburg/ Lemsdorf Frau Pierau, KITA „Kleiner Rabe“ 6 20 18 76

AG Ottersleben Frau Hoffmann, Bürgerin 5 40 27 47

Sozialregion Südost, Ansprechpartnerin Frau Brink **Tel.: 6 24 51 11**

Sprecher/-innen

AG Reform Herr Schulze, Bürgerinitiative Jung und Alt
für Reform 61 68 88

AG Leipziger Straße,
Hopfengarten Frau Rodenhauser, KITA Schilfbreite 61 36 36

AG Buckau Herr Gehrlich, kath. Gemeinde St. Norbert 4 04 28 06

AG Fermersleben,
Salbke, Westerhüsen Herr Berckholtz, Bürgerverein Salbke/
Westerhüsen 4 01 56 47

Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

Wie und womit beantrage ich Mittel für Stadtteilprojekte?

Merkblatt zum Antrag Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

1. Kriterien zur Vergabe der Mittel (Auszug)

- Nachrangigkeit der Förderung aus dem Initiativfonds
- Keine Vollfinanzierung von Projekten
- Sachkosten für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand unter 410 €
- Aufwandsentschädigung zur Beförderung des Ehrenamtes (Höhe bestimmt sich in Anlehnung an vergleichbare Förderrichtlinien, dürfen nur anteilige Kosten einer Maßnahme sein)
- Abschluss von Verträgen und Beschaffung der Sachmittel durch die Verwaltung des Jugendamtes
- Inventarisierung beweglicher Gegenstände durch das Jugendamt (ständige Leihgaben sind möglich)
- einmalige Unterstützung gleicher inhaltlicher Ansätze im Haushaltsjahr
- gleiche inhaltliche Ansätze werden höchstens zwei Jahre nacheinander unterstützt
- Berücksichtigung vorhandener Angebote im Gebiet der Arbeitsgruppe
- Nachweis von Bürgerbeteiligung bei der Maßnahme
- Aktive, nachweisbare Öffentlichkeitsarbeit

2. Kostenvergleiche/ Kostenvoranschläge

- | | |
|---------------------------|---|
| ➔ unter 77 EUR Einzelwert | <ul style="list-style-type: none">* Preisvergleich (auch telefonisch möglich)* auf dem Antragsformular ist zu dokumentieren, dass ein Preisvergleich durchgeführt wurde* dieser Vergleich ist durch die Unterschrift der/s zuständige(n) leitenden Sozialarbeiterin(s) des Sozialzentrums des Jugendamtes zu bestätigen |
| ➔ ab 77 EUR Einzelwert | <ul style="list-style-type: none">* Kostenvergleich* der Vergleich ist als Kopie dem Antragsformular beizufügen oder* der Kostenvergleich ist mit Datum/Firma/Preis zu dokumentieren und durch die Unterschrift der/s zuständige(n) leitenden Sozialarbeiterin(s) des Sozialzentrums des Jugendamtes zu bestätigen |
| ➔ ab 205 EUR Auftragswert | <ul style="list-style-type: none">* sind 3 schriftliche Kostenvoranschläge dem Antrag beizufügen (das wirtschaftlichste Angebot wird genommen) |

Antrag

Arbeitsgruppe zur Unterstützung
und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit
im Stadtteil _____
Ansprechpartner für dieses Projekt
(Name; Anschrift, Tel.nr.): _____

Datum: _____

Dezernat V
Amt 51
51.05
Frau Ziegler

Eingang: _____

Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

- 1.) Bezeichnen Sie bitte mit einem Kurztitel die Aktivität, die Initiative, das Projekt (folgend Maßnahme).

- 2.) Welche(s) Ziel(e) wird/werden durch die Maßnahme verfolgt?

- 3.) Wann soll die Maßnahme stattfinden?

(Datum,Uhrzeit) _____

- 4.) Welche Ressourcen (materiell, personell, finanziell) sind zur Realisierung der Maßnahme vorhanden (Kurzeinschätzung)?

5.) Wer wird wie an der Maßnahme beteiligt?

a) Organisation und Durchführung der Maßnahme durch: (z. B.: BürgerInnen, Bürgerinitiative, freie Träger, etc.)

Ansprechpartner	Telefon	Einrichtung	Aufgabe

b) Zielgruppe(n), die mit dieser Maßnahme angesprochen werden soll(en):

6.) In welcher Form wird Öffentlichkeitsarbeit geleistet (z. B. Plakatierung, Zeitung etc.)?

7.) Kosten- und Finanzierungsplan

a) Kostenplanung

lfd. Nr.	Bezeichnung ¹	Kauf bei	Höhe der Kosten in EUR
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			

Zuschuss aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in EUR:

- Preisvergleich wurde durchgeführt (unter 77 EUR)
- Kostenvergleich s. Anlage (ab 77 EUR)
- Kostenvoranschläge liegen bei (ab 205 EUR)

_____ leitende(r) Sozialarbeiter/-in

b) Finanzierungsplanung

Einnahmen Art: a) Spenden
 b) Unentgeltliche Leistungen (z. B. Arbeitsleistungen von Bürger/-innen)
 c) sonstige Einnahmen (Fördermittel etc.)

lfd. Nr.	Art	Erbringer/-in	Höhe in EUR
1			
2			
3			
4			
5			

Für die Arbeitsgruppe:

Für die sachliche Richtigkeit:

_____ Sprecher der AG

_____ leitende(r) Sozialarbeiter/-in
 (KordinatorIn der AG)

Anlage: Protokoll der Entscheidungsfindung

¹ Bitte Gesamtposition angeben, nicht jedes einzelne Detail (Bsp.: nicht Papier, Schere, Kleber, sondern: Bastelmaterial)

Verfahrensweise zum Initiativfonds Gemeinwesenarbeit (AG GWA - Stand 31.12.2002)

Beschluss der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit



vollständige Antragsausfüllung

- Beifügung der Protokollauszüge mit den entsprechenden Festlegungen der Sitzungen der AG'n GWA

Unterzeichnung des Antrag auf sachliche Richtigkeit durch den leitenden Sozialarbeiter des Sozialzentrums des Jugendamtes

Weiterleitung des Antrages an die Poststelle des Jugendamtes



Eingang des Antrages bei Geschäftsführung AG GWA im Jugendamt (5 40 31 10) zur fachlichen Prüfung, Entscheidung und Mitzeichnung bzw. Ablehnung

- bei Ablehnung hat eine sachliche Begründung an die AG GWA zu erfolgen
- bei Mitzeichnung



Weiterleitung des Antrages an die Beschaffungsstelle des Jugendamtes

- Bearbeitung wie alle anderen Beschaffungsanträge



Abrechnung der finanzierten Maßnahme, Aktivität oder des Projektes im Jugendamt



Inventarisierung der beschafften Gegenstände durch das Jugendamt



Verwaltung der Gegenstände durch den Fundus des Jugendamtes

- Lagerung
- Ausleihe an alle AG'n GWA

Mach mit Projekte im Stadtteil

Was ist passiert?

Darstellung der Projekte, die mittels des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in 2002 durch die Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit abgeschlossen wurden:

Projekte und Gesamtausgaben aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit 2002

Sozial-region	Arbeitsgruppe	Projekt	Ausgaben in Euro		
Nord	Neustädter See Kannenstieg	Stadtteilfest Rothensee	508,76		
		Stadtteilfest	1.274,32		
		Grafittyprojekt	549,00		
	Neustädter Feld Neue Neustadt	Stadtteil- und Kinderfest	1.948,11		
		Grafittyprojekt	652,10		
		Schüler helfen Schülern	990,00		
		6 Projekte	5.922,29		
Mitte	Alte Neustadt	Kindertag in Alte Neustadt	200,00		
		Taufe neuer „Sasse-Club“	302,87		
		Erzählcafé Alte Neustadt	25,50		
		Stadtteilzeitung „Anzeiger“	235,00		
		Martinsfest	479,37		
		Aktion „Frische Luft“	450,00		
	Altstadt	Stadtteilfest	1.057,98		
		Virtuelle Vernetzung der Magdeburger Altstadt	150,00		
		GWA- Weihnachtsveranstaltung	410,69		
	Ostelbien	Frühlingsfest für Mutter-Kind-Gruppe	97,50		
		Briefkasten für Bürgeranliegen	32,95		
		Drachenfest am Pechauer Platz	500,00		
		Gestaltung Freizeitfläche Mittelstraße	1.087,82		
		Eröffnung der Kita „Au clair de la Lune“	146,30		
		Öffnung des Hortes am Pechauer Platz	191,59		
		Generationsübergreifendes Familiensportfest	533,36		
				16 Projekte	5.900,93
		West	Neu Olvenstedt, Nordwest	verspätet eingegangene Rechnung aus 2001	266,90
Abbau von Agressionen durch Sportangebote	403,35				
Grafittyprojekt im Gneisenauring	229,48				
Otto-von-Guericke - Hoffest	188,60				
20 Jahre Kita „Fliederhof“	296,07				
Herbst- und Käferfest	247,38				
Olvenstedt im Internet: www.olvenstedt.info	300,00				
Lieder und Geschichten unterm Weihnachtsbaum	149,65				

Sozial-region	Arbeitsgruppe	Projekt	Ausgaben in Euro
West	Neu Olvenstedt, Nordwest	Weihnachtsfeier für Bürger des Wohngebietes	249,82
		Lampionumzug im Wohngebiet	245,31
		Familienportfest	150,00
		Eröffnung Kunst- und Kulturmauer Olvenstedt	511,00
		3 Jahre Verein „Lebensmitte“ e. V.	2.080,00
	Alt Olvenstedt	Weihnachtsfeier für Migranten	495,19
		„Lebensmitte“- Würdigung ehrenamtlicher Arbeit	500,00
		Literarisch- musikalischer Abend „100 Jahre Teddybär“	150,00
		Sommerfest der Generationen	172,06
		Info- Schaukasten „Saures Tal“	398,24
		Familien Sommerfest in der „Kulturscheune“	250,00
		Tag der offenen Tür bei der Freiwilligen Feuerwehr	250,00
		Bastelgruppe „Bollmann“	160,00
		Weihnachtsmarkt in der „Kulturscheune“	200,00
		Seniorenachmittag „Was lange währt wird gut“	199,04
		Weihnachtliches Chorkonzert Magdeburger Schulchöre	1.700,00
			23 Projekte
Süd	Diesdorf und Beimssiedlung	Gestaltung Torplatz Diesdorf	247,52
		Eröffnung Spielfläche „Am Neuber“	210,09
		Martinsfest	185,21
		Diesdorf im Advent	477,74
		Tag der offenen Tür beim Magdeburger Knabenchor	560,47
	Stadtfeld Ost Sudenburg und Lemsdorf	Adventskonzert	650,00
		Clubline	1.157,26
		Stadtteilstadtteilfest „Rund um die Pauluskirche“	2.333,18
		Kindertag in Lemsdorf	553,23
		GWA stellt sich zum Sudenburger Straßenfest vor	149,22
		Bau von Pflanzkästen für Begegnungshaus	399,73
		Schuljahresauftakt 02/03 im Kreativzentrum	353,34
	Ottersleben	100 Jahre Goethe-Schule	245,31
		Volksfest	770,40
		Stadtteilwegweiser	1.500,00
	15 Projekte	9.792,70	

Sozial-region	Arbeitsgruppe	Projekt	Ausgaben in Euro
Südost	Reform	Reformer Straßenfest	1.773,90
		Schulhofprojekt der GS „Lindenhof“	500,00
		Erntedankfest im Kükelhaus	133,17
	Leipziger Str. und Hopfengarten Buckau	70 Jahre Karl-Marx-Siedlung	535,00
		Hoffest der AWO-Tagesgruppe	123,17
		Hurra wir haben Ferien	482,96
		Dank an Buckauer Fluthelfer I – Buckauer Frühschoppen	348,00
		Dank an Buckauer Fluthelfer II – Buckau tanzt	190,06
		Nikolausfest am Thiemplatz	693,01
		Wohngebietsfest	297,46
	Fermersleben, Salbke, Westerhüsen	Familiensportfest zum Kindertag	200,00
		Stadtteilfest	900,00
		Festwoche Kita „Salbker Kinderspass“	201,67
		Kreativangebot für Alt und Jung	148,92
		Stadtteilzeitung	209,96
		Aktionen in der Weihnachtszeit	150,00
		16 Projekte	6.887,28
		Gesamt: 76 Projekte Gesamtausgaben in Euro	38.295,29

Über folgende Themen wurde in den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in 2001 und 2002 diskutiert:

Rothensee

2002

Problem Verunreinigung Sportplatz
Diskussion zum Ergebnis der Überplanung des Stadtteils

Kannenstieg

2001

Erarbeitung und Vorstellung Stadtteilkompass
Schulwegsicherung: Absenken der Bordsteine, Abholzen von Gestrüpp
Was wird aus TLG – Gebäude J.-R.-Becher-Str. 56
Verlegung Bushaltestelle H.-Grundig-Str.
Vorbereitung und Durchführung Stadtteilfest
Beteiligung Neugestaltung Spielplatz zwischen den Schulen
Stadtteilmanager für Kannenstieg
Öffentlichkeitsarbeit für Kannenstieg – Schaukasten aufstellen
Projekt Rodelberg, Schaffen eines Treffpunktes für Jugendliche
Umgestaltung KITA „Bummi“
Umfeldgestaltung Bürgerhaus
zukünftige Projekte des Stadtteilentwicklungskonzeptes
Vandalismusschäden im Stadtteil – Termin in Kleingruppe

2002

Spielmobil für den Kannenstieg
Einweihung des Spielplatzes
Vorstellung der Planungen zum Bürgerhaus
Vorbereitung und Durchführung Graffiti-Projekt mit Jugendlichen
Projekt Rodelberg, Auswertung der Beteiligung Jugendlicher
Vorbereitung und Durchführung Stadtteilstadt
Lärmbelästigung H.-Grundig-Str. 1-4 durch Jugendliche

Neustädter Feld

2002

Info Entwicklung Stadtteilmanagement
Projekt-Infos:
* Teilprogramm E&C Wettbewerb
* Preis Soziale Stadt 2002
* Fortführung zentraler Grünzug
* Stadtteilstadt
Modellprojekt „Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“

Neue Neustadt

2001

Bürgerverein berichtet über Suche nach Räumlichkeiten

2002

Vorstellung und Durchführung des Projektes „Schüler helfen Schülern“

Alte Neustadt

2001

Hunde ohne Leine
Diskussion zu Urban 21, Planung Jugendclub und Bolzplatz
Seniorenarbeit in AN
Vorbereitung und Durchführung Familiensportfest
Öffentlichkeitsarbeit in Alte Neustadt

2002

Situation der Jugendclubs in AN - Schließung Maikäferclub ...
Verständnis der Arbeit der AG und bessere Bürgerbeteiligung
Stand Jugendarbeit in AN: Konzepterarbeitung durch Träger, Stellungnahme GWA,
Anhörung der Träger und Bewohner
Vorbereitung und Durchführung des Sommersportprogramms „Frische Luft“ durch USC und
Angebot Seniorensport
Eröffnung Sasse-Club – Übernahme durch Kindersonne e. V. – Probleme bei Betreuung
6-14jähriger
Stand Urban 21 – Vorhaben

Altstadt

2001

fehlende Räume für Jugendgruppen in Altstadt

Jugendliche am Friedensplatz – Aufstellen und Renovieren eines Bauwagens
Schwierige sportliche Lage im Stadtteil
Schaffen neuer Anlaufpunkte für Jugendliche, Diskussion
Vorbereiten und Durchführen Stadtteilstadt am UNI-Platz
Herausgabe Stadtteilzeitung zum Stadtteilstadt

2002

Öffentlichkeitsarbeit: Interview mit MDF 1 zur Bedeutung der Arbeit der AG GWA
Info zur Kaserne Mark und Umbau Leiterstraße
Vorschläge von Bürgern zur Verschönerung der Innenstadt
Schandfleck Regierungsstraße
Vorbereitung und Durchführung Stadtteilstadt
Vorstellung Umbau Uni-Platz, Gleisverlegung, Busführung, Tunnel
Führung durch Kaserne Mark – Geschichte und Zukunft
Vorbereitung und Durchführung GWA-Weihnachtsveranstaltung

Ostelbien (alle ostelbischen Stadtteile)

2001

gemeinsame Beratung mit AG Altenhilfe
Verkehrsanbindung zur Berliner Chaussee
Seniorenarbeit in Pechau
fehlende Räume für Jugendliche in Pechau, Umbau altes Feuerwehrhaus möglich?
IG „Elbinsel Werder“ stellt sich vor

2002

Selbstverständnis der AG diskutiert, zukünftige Arbeit der AG, Wahl Sprecherrat
Teilnahme der AG GWA an der Cracauer Woche
Info Eröffnung Spielplatz Stadtpark
Vandalismus Bolzplatz, 2 Täter ermittelt, Strafverfahren eingeleitet,
neuer Zaun wird gesetzt
Vorschläge, um Jugendlichen Treffpunkt zu bieten
Öffentlichkeitsarbeit verbessern

Nordwest, Neu Olvenstedt

2001

Beteiligung am Tag der offenen Tür vieler Einrichtungen von Olvenstedt
Zuarbeiten zum Stadtteilwegweiser
Vorstellung „Opel-Projekt“
Vorbereitung und Durchführung Volkssporttag in Olvenstedt
Info MSB – Spielplätze in Olvenstedt
Stadtteiloffene Weihnachtsfeier

2002

Erstellung der Web-Site www.olvenstedt.info
Info Stadtteilstadt der BI und Eröffnung Freibad
Diskussion zum Standort Offener Strafvollzug am Ford VI
Vorbereitung Einwohnerversammlung mit OB
Initiative Jugendlicher: Haltestellen Streichen
neue Nutzungsmöglichkeiten für Verkehrsgärten in Olvenstedt
Installierung eines Orient-Laden in Olvenstedt

Alt Olvenstedt

2001

Spielplatzneubau „An den Röthen“
Zuarbeit Stadtteilwegweiser Olvenstedt
Teilnahme Tag der offenen Tür Olvenstedt
Vorstellung Projekt Kulturscheune e.V.
Stand Ersatzneubau Kulturhaus Alt Olvenstedt
Kita Klusweg – Übernahme durch Freien Träger
Suche nach Übungsgelände für Jugend-Feuerwehr
Infoschaukasten für GWA installieren
Übergangslösung für Seniorentreff

2002

Stand Ersatzneubau Kulturhaus Alt Olvenstedt
Schließung Schütze-Schule, jetzt Außenstelle von Weitling-Schule
Vorbereitung und Auswertung Bürgerversammlung mit OB Dr. Trümper
Schließung der Kirche zum Jahresende - Holzwurmbefall
neue Nutzung Verkehrsgärten

Neu Olvenstedt

2001

Teilnahme Tag der offenen Tür Olvenstedt
Probleme mit rechtsgerichteten Jugendlichen im Putzerhof,
Maßnahmen in Zusammenarbeit aller Partner
Zuarbeiten Stadtteilwegweiser Olvenstedt
Unterstützung Projekt Lebensmittel
Info zur Drucksache Grobkonzept – Wohnungsleerstand
Spielplätze in Olvenstedt
Vorbereitung und Durchführung Volkssportfest
Vorstellung „Die Brücke Magdeburg“ e. V.
Idee zum Errichten einer Kunst- und Kultur-Informations-Mauer durch
die „Lebensmitte“ e. V.

2002

Vorbereitung Reflexionstag
Eröffnung der Kunst- und Kultur-Informationsmauer
Unterstützung für den Verein „Lebensmitte“ e. V.
Auswertung Bürgerversammlung mit OB Dr. Trümper

Diesdorf, Beimssiedlung

2001

Diskussion über Selbstverständnis der GWA-Gruppe
Stand Bau des Bolzplatz am Neuber
Mitarbeit des Heimatverein Diesdorf
Reparatur defekte Beleuchtung H.-Zille-Str. nach Hinweis aus AG
Anfrage Encke-Kaserne
Nachnutzung Sparkassenfiliale Diesdorf – Bürgerbüro Außenstelle?
Info Hortübernahme durch Kinderschutzbund

2002

Schulwegsicherung Schmeilstraße und Westring – Straßenbahnhaltestelle
Tempo 30 Spielhagenstr. vor Kita und Schule und Zerrenerstr.
Spielplatzöffnung „Am Neuber“
Umgestaltung Beachvolleyballfeld „Am Neuber“ durch Jugendliche
Möglichkeiten der Nutzung des Verkehrsgartens durch Kitas und Schulen
Unterstützung der Jugendaktion „CLUBLINE“
Einbeziehung von Diesdorfer Jugendlichen beim Osterfeuer und Martinsfest

Stadtfeld Ost

2001

Vorbereitung und Durchführung Stadtteilfest

2002

Gründung des Vereins „Bürger für Stadtfeld“ mit Vorstandswahl
Vorbereitung und Durchführung Stadtteilfest

Sudenburg, Lemsdorf

2001

Unterstützung für Begegnungshaus für Sudenburger Kinder u. Familien an der Goethe-Schule
Unterstützung der Eröffnung eines Offenen Kreativzentrums im ehem. Hausmeisterhaus des Raabe-Gym.
Auswertung Fragebögen Schülerbefragung
Idee Erarbeiten eines Stadtteilführers
Diskussion zur engeren Zusammenarbeit mit Interessengemeinschaft Sudenburg

2002

Themenabend zu Drogenproblemen in Sudenburg in der Feuerwache
Wahl eines Sprecherrates, Aufgaben in Kleingruppen verteilt
Verbesserung Öffentlichkeitsarbeit
Wie mit sozial schwachen umgehen, die auf der Straße trinken - Diskussion, Ideensammlung
Treff für Punks fehlt (ehemals Insel)

Ottersleben

2001

Zusammenstellen einer Broschüre über Ottersleben
BFO: Standort Tierheim, historische Schöpfquelle wieder hergestellt,
touristischer Radweg in Arbeit
Problem: Jugendliche am Eichplatz, Angebote für 13-15 jährige fehlen
Problem Schulwegsicherung Birnengarten, Ampel notwendig → Hinweis an Tiefbauamt

2002

Gruppenbildung am Eichplatz → Bürgerengagement gefragt, Treffpunkt schaffen
Info Umbau und Auslagerung der Grundschule
BFO: Bürgerhaus für Ottersleben z. Z. nicht machbar, Parkplatz am Friedhof
Weiternutzung Verkehrsgarten problematisch, ABM-Kräfte fehlen
Änderungen in Wegweiser-Broschüre eingearbeitet, Ottersleber Chronik mit veröffentlichen
Eröffnung Jugendtreff Alt Benneckenbeck
Vorbereitung Ottersleber Volksfest
Probleme mit Jugendlichen rund um das Bildungshaus

Reform

2001

Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung Straßenfest

Begehung des Territoriums aus dem Blickwinkel Behinderter

Bürgeranliegen: Baufahrzeuge auf Gehweg vor AWO-Seniorenheim behindern Fußgänger

Info Ausbau Trampelpfad zum E-Center

Bürgeranliegen: Lärmbelästigung durch Busse in der Seelenbinder Str. -> Petitionsausschuss

„Sauberkeit“ nach Marktende --> Schreiben an Weiße Flotte

Ordnung und Sicherheit Verkehrsgarten, Probleme beim Betreiber Verkehrswacht

Info mögliche Verkehrsführung Straßenbahn

2002

Bürgeranliegen: Ordnung und Sauberkeit, Straßenumbenennungen in Reform, Abriss und Neubau Altersheim Sojusstr.,

Bürgeranliegen: Verunreinigung Sportplatz, neue Bushaltestelle im Kirschweg,

Bedarfsermittlung Verkehrsgarten

Unterstützung bei Vorbereitung Stadtteilstadtteilfest Mai 2002

Projekt „HUGO“ zur Umgestaltung der Schulhöfe in Reform

Stadtumbau Ost – sensibel behandeln

Seniorenvertretung, AG „Sicherheit für Senioren“ stellt sich vor

Leipziger Str., Hopfengarten

2001

Vorstellung Sportverein „Meßtron“

Vorbereitung Reflexionstag 03.05.01

Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung Kinderfest B.-Brecht-Str.

2002

Bürgerprobleme: Lärmbelästigung durch Windrad; Probleme mit Jugendclique,

Spielplatz B.-Brecht-Str., Parkplatzprobleme,

Vorstellung Hort Wiener Straße und B.-Brecht-Str.

Buckau

2001

Vorbereitung und Durchführung 1. Buckauer Aufräumfest

Info über Gründung Buckauer Gewerbeverein

Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung Buckauer Hoffest, Einbindung in Woche der ausländischen Mitbürger

Auswertung Buckauer Stammtisch der VST im Mückenwirt

Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Stadtratsfraktionen

Bürgerbeteiligung: Unterschriftenaktion für Spielplatzschaffung hinter der „Alten Bude“

2002

Anwohnerprobleme: Verkehr rund um die Bleckenburgstr., Raserei zur Factory, Lärm und Schmutz rund um Factory bei Veranstaltungen

Probleme mit unangeleiteten Hunden an der Elbe

Vorbereitung Stadtteilstadtteilfest durch Gewerbeverein in Zusammenarbeit mit AG GWA

Planung und Durchführung 2. Aufräumfest

Anwohnerprobleme: meterhohes Unkraut in Weststr., Gnadauer Str, Brauereistr.

Fortgang der Arbeiten Urban 21

Vorbereitung Elbfest → Absagen wegen Hochwassers, neue Aktion: Aufräumen im Klosterberggarten mit musikalischem Frühschoppen
Diskussion zu Struktur, Anliegen und Perspektiven der GWA:
Diskussion über Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgern an GWA,
Einrichten Bürgersprechstunde, Pressearbeit verbessern
Info Stadtplanungsamt zu Elbufergestaltung
Spielplatzsituation in Buckau
Vorstellung Projekt Seniorensicherheit
Vorbereitung und Durchführung Nikolausaktion

Fermersleben, Salbke, Westerhüsen

2001

Vorbereitung und Durchführung Stadtteilstadtteilfest
Stand Ausbau Haus am Thieberg zum Jugendtreff
Anwohnerproblem: verwahrloster Mountainbike Platz am Gröninger Bad, Radweg am RAW
Öffentlichkeitsarbeit: Aushänge der Einladungen in Apotheke und BürgerServiceCenter
Wohnungsleerstand WOBAU, Vorstellungen des Stadtplanungsamtes, Umgehungsstr.
Sanierung KITA Salbker See, Elternkuratorium wünscht Unterstützung der GWA

2002

Pflege Mountainbikehügel über AQB
Probleme im Bürger-Service-Zentrum
Anwohnerprobleme: Sicherung verfallener Gebäude in Salbke, Straßensanierung,
Lidl-Schließung, Aufstellung Fahrkartenautomat MVB
Infos zu „Jugendtreffs“ im Stadtteil, Spielplatzsituation in Salbke
Vorbereitung und Durchführung Stadtteilfest
Druck und Erstellung Stadtteilzeitung zum Stadtteilfest
Projekt www.westerhüsen.de

Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit

Reflexionen – Problemsichten – Denkanstöße

**Fachtagung am 04.02./05.02.1999 – mit 83 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
(Politik, Verwaltung, Vereine, Institutionen, freie Träger, Bürgerinnen und Bürger...)**

Diskussionsergebnisse Arbeitsgruppe 1

- § 1 KJHG = Einmischung in andere Bereiche z. B. Wohnumfeldgestaltung, Stadtplanung und Verkehrsplanung Beispiele: Wie funktioniert das?,
- Welche Erfahrungen haben andere Kommunen und welche Schwierigkeiten?
Erwartungen / Forderungen: Zusammenarbeit im Sozialzentrum, Unterstützung der freien Träger, Transparenz des Handelns
- AG GWA - welche Rechte und Pflichten ?
- Welche Entscheidungsbefugnisse ?
- langfristige Beteiligung an der Jugendhilfeplanung – offen und ohne Misstrauen
- Kommunikation und Information im Stadtteil
- Zusammenarbeit und Einbeziehung freier Träger, damit Reaktion bedarfsgerecht (Angebote / Projekte)
- Fachlichkeit
- Gruppenbildung, Trends, Tendenzen

Diskussionsergebnisse Arbeitsgruppe 2

- Verhältnis Stadtverwaltung – Jugendliche
Selbstverantwortung Jugendlicher fördern -> Selbstverwaltung ermöglichen
- Transparenz von Entscheidungen
- finanzielle Möglichkeiten / Zwänge
- Verregelung als Barrieren – Bürokratie
- Verantwortung der Politiker: Vor Ort Wissen = Voraussetzung für sinnvolle Entscheidungen
- Umsetzung des KJHG schwierig
Wille nach Förderung von Selbstinitiative, aber gleichzeitig Hemmung
- ungerechte Prioritätensetzung von Projekten, „Prestigeprojekte“ haben Vorrang

Diskussionsergebnisse Arbeitsgruppe 3

- Faktor Zeit unter Beachtung des vorhandenen Arbeitsspektrums
- Räumlichkeiten – Ausstattung und Finanzen
- Selbständigkeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit: Ziele, Aufgaben, Zusammenhang mit Jugendhilfeplanung, Erwartungen seitens der Jugendhilfeplanung

Diskussionsergebnisse Arbeitsgruppe 4

- GWA außerhalb des KJHG: Verbindungen und Zusammenarbeit
- Aktivierung der Bürger oder Anwalt der Bürger
- GWA von Oben nach Unten
- Struktur der Vernetzung
- parteiliche Werthaltung für den Betroffenen
- finanzielle Erfordernisse

Diskussionsergebnisse Arbeitsgruppe 5

- Wie komme ich von der Erkenntnis eines Mangels / fehlende Angebote zur Behebung?
- GWA – Instrumentalisiert? Wer initiiert GWA?
- Wird GWA übergestülpt funktionieren?
- Wie erhält GWA mehr Resonanz?
- Läuft institutionalisierte GWA nicht Gefahr unglaubwürdig zu werden?
- Braucht es immer ein theoretisches Konzept für GWA?

Diskussionsergebnisse Arbeitsgruppe 6

- GWA = Kontrollmechanismus
Beteiligung wann und in welcher Phase?
- Prioritätensetzung wie und nach welchen Kriterien?
- Durchsetzung der Ideen für Sozialarbeit nach Oben
- bestehende Beziehungen nutzen und das „Rad nicht noch mal neu erfinden“
- Bürgerbeteiligung -> Strategien / Motivation
- Netzwerkförderung und Struktur der GWA
- Was kann GWA leisten? – Herangehensweise „Totgeburt“?
- GWA'ler im Amt – „Schranken“
- „Sperr im Kopf“ – finanzielle Hindernisse
- GWA in Kirche = Auffangbecken
- Ist das Amt in der Lage GWA zu stützen?
- Welche Fachlichkeit hat Priorität?

Fazit der Fachtagung

Einem Dritten gegenüber, der nicht an dieser Tagung teilgenommen hat, kann man das Ergebnis der Fachtagung zur Gemeinwesenarbeit folgendermaßen schildern:

Wir haben über Gemeinwesenarbeit und das Kinder- und Jugendhilfegesetz in Magdeburg diskutiert.

Wir haben nicht über die Metaphilosophie von sozialer Arbeit gesprochen.

Zu dieser Tagung ist versucht worden, eine Verständigung darüber zu erreichen, was Gemeinwesenarbeit heute ist und was Gemeinwesenarbeit auszeichnet:

Gemeinwesenarbeit ist Arbeitsprinzip sozialer Arbeit und damit auch ein Arbeitsprinzip für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Festgestellt wurde:

1. Gemeinwesenarbeit muss als Arbeitsprinzip in der Jugendhilfe wirken. Es besteht keine Beliebigkeit sozialpädagogischen Handelns in diesem Aufgabenfeld.
2. Gemeinwesenarbeit ist ständig in Bewegung, hinsichtlich:
 - der Einmischungsstruktur
 - des Austausches und der Kommunikation
 - unterschiedlicher Wahrnehmungsbarrieren
 - adäquaten Reagierens bei Initiative der Betroffenen
 - der Freiheit des Handelns
 - undogmatischen Handelns
 - politischer Initiative
 - der Glaubwürdigkeit der Handelnden
 - der Zielorientierung sozialarbeiterischer / sozialpädagogischer Tätigkeit
 - regionaler Konsequenzen bezüglich der Initiierung sozialpädagogischer Handlungsstrukturen
 - strategischen Handelns.

1. Reflexionstag Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg am 03.05.2001 – mit 97 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Politik, Verwaltung, Vereine, Institutionen, freie Träger, Bürgerinnen und Bürger....)

Open-Space-Veranstaltung

Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe - Bürger, Experten, Strukturen

- Konstanz ➔ „Experten vor Ort“ statt warten auf Bürger (die nicht kommen) ➔ feste Teilnehmerliste
- Förderung der Selbstorganisation der Bürger (Beratung, Initiative ➔ dafür Bedarfsanalyse)
- Form der GWA den jeweiligen Regionen anpassen (Rahmenbedingungen analysieren!) ➔ eher praktisch oder eher beratend usw.
- unterschiedliche lokale Prägungen und Besonderheiten innerhalb eines GWA-Kreises beachten!

Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe – GWA – Fonds – wie weiter?

- Fonds ist ok, positiv, dass es kurzfristig Geld geben könnte
- Antragsverfahren entspricht nicht den Vorstellungen der AG'n GWA, deshalb:
- Finanzkoordinator, der Wünsche in Zuweisungen umwandelt, der Finanzquellen auftut und mehrjährige Projekte finanziert
- Speisung des Fonds muss aus mehr Budgets realisiert werden! (Kultur, Sport, Senioren, Stadtgartenbetrieb, Stadtplanung, Öffentlichkeit, Soziales und zur Not darf es auch etwas vom Jugendbudget sein)

Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe GWA – zwischen Lust und Frust

- AG „GWA“ nicht um jeden Preis
- Kleinstgruppen bilden oder Projekte fördern

Lust:

- Nette Leute treffen
- Gemeinsamkeit
- Erfolge
- Koordination (kurze Wege)
- Mit viel Glück die richtigen Leute treffen, um etwas zu machen
- Initiativfonds
- Kurzer Informationsweg
- Spaß und Freiwilligkeit

Frust:

- Koordination (auf der Schulter des Jugendamtes?)
- Fehlende Bürgerbeteiligung
- Was machen die Stadtteilmanager/-innen
- ein/e Mitarbeiter/in aus einem Amt in jeder Arbeitsgruppe
- Zuwenig Aktivierung der Potenzen im Stadtteil
- Mangelnde Öffentlichkeitsarbeit
- Status der Verbindlichkeit der Arbeitsgruppen und ihrer Arbeit
- Mangelnde Identifikation der Bürger mit ihrem Stadtteil
- Wenig Vertrauen in Selbsthilfe
- Kommunikationsprobleme, auch in den Arbeitsgruppen
- Raumprobleme (Bürgertreff)
- Bürokratie bei Beantragung des Initiativfonds und Aktivitäten
- Fehlendes Ehrenamt (fehlende Bereitschaft)
- Effektivität der Gesprächs- und Beratungsrunden
- Fehlende Anerkennung der Arbeit
- Mangelndes Interesse für generationsübergreifende Probleme

Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe – Weiterentwicklung und Perspektive der Gemeinwesenarbeit

- Stadtteilmanagement, amtsübergreifender Stadtteilmanager
- Feste Planstelle (Sachkenntnisse!)
- Alle sozialen Gruppen erfassen
- amtsübergreifende Bündelung (Jugendamt überfordert)
- Rechtliche Stellung?
- als Referat oder unter OB

- amtsextern unter Beachtung der sozialen und baulichen Schiene?
- Freie Trägerschaft oder Institution?
- Feste Finanzierungsplanung
- Kurze Wege für den Bürger, Stadtteilbüro
- Vernetzung schaffen zwischen Verwaltung, Stadtrat, Bürgerinitiativen. Freie Träger, Wohneigentümer, Verbände und Vereine, kleiner Mittelstand
- Keine Prestigeobjekte, mehr für die breite Masse

Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe – Stadtteilplanung, Stadtteilentwicklung

- Info Austausch ➤
 - einige Ansätze der Arbeit mit Verwaltung versandete wieder
 - Akzeptanz als Mitarbeiter fehlt
 - Jugendliche, Kinder und Alte haben keine Lobby
 - Wünsche
- Wünsche ➤
 - zielgerichtete Infos der Bürger im Stadtteil
 - an der Planung beteiligen
 - Bürger zu Diskussionen einladen
 - Vernetzung der einzelnen Initiativen / AG's, gegenseitig stärken
 - Treffpunkte/ Mittelpunkte schaffen
- Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verstärken, Seniorenkultur
- Arbeitsgruppen-Vertreter/-innen zu Stadtteilentwicklung beraten, Ergebnisse wieder in Arbeitsgruppen als Thema geben

Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe – Öffentlichkeit / Transparenz

- Für die Bürger:
 - Information aus dem Quartier, aus den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit
- Medien:
 - Stadtteilzeitungen
 - Internetauftritte, evtl. über Stadt-Seite
 - Pressewerbung für Ehrenamt
 - Info-Blatt – Selbstverständnis
 - Feste, Aktionen
 - Ort und Personen die man kennt, feste Öffnungs- bzw. Sprechzeiten

- GWA-Arbeit – Jahresberichte
- Presse, Fernsehen intensivieren, Hilfe zur Zusammenarbeit
- Zentrale Punkte finden
- Projektwettbewerb für GWA-Mittel (z. B. an Schulen) ➤ Information
- „Mr. und Mrs. Stadtteil- Wahl“ für Bürgerengagement
- ansässige Schulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen u.ä. mit ins Boot holen ➤ konkrete Unterrichtsprojekte

Fazit des 1. Reflexionstages Gemeinwesenarbeit

- 1. Verbindliche Formen der Bürgeraktivierung müssen weiterhin erprobt werden.
Die Konstanz der Einbindung von Bürgern muss erhöht werden.**
- 2. Die Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit sollten Problemlösungen projekt- bzw. themenbezogen austauschen.**
- 3. Weitergearbeitet werden soll an der öffentlichen Institutionalisierung der Gemeinwesenarbeit auf der Basis tragfähiger Strukturen außerhalb der Verwaltung; an einem sozialräumlichen Planungskonzept für alle sozialen Bereiche; an der themenbezogenen Bündelung von Initiativen, an der Bedarfserfassung und an einer fortschreitenden Differenzierung der Arbeitsgruppenarbeit.**

2. Reflexionstag Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg am 15.05.2002 – mit 94 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Politik, Verwaltung, Vereine, Institutionen, freie Träger, Bürgerinnen und Bürger ...)

Die Zielstellung des 2. Reflexionstages wurde im Vorfeld mit den Sprecherinnen und Sprechern der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit entwickelt. Ein Erfahrungsaustausch zu folgenden Fragestellungen wurde organisiert:

1. In welchen Arbeitsformen wird die Arbeit der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit organisatorisch begleitet?
2. Welche Erfahrungen lassen sich bezüglich des Sponsorings in die Arbeit der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit einbringen?
3. Wie gelingt die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwesen?
4. Wie gelingt gute Öffentlichkeitsarbeit?
5. Wie können Bürgervereine oder Interessengemeinschaften in der Landeshauptstadt Magdeburg noch intensiver unterstützt werden?

Zu diesen Grundfragen sollten folgende Schwerpunkte herausgearbeitet werden:

1. Was hat sich in der Arbeit der Arbeitsgruppen GWA bewährt?
2. Welcher Veränderungsbedarf lässt sich kennzeichnen?
3. Welches der formulierten Probleme ist das Wichtigste und sollte im anschließenden Plenum mit Politikern diskutiert werden?

Ergebnisse des Erfahrungsaustauschs in Arbeitsgruppen zu den 5 Grundfragen

1. Wie wird GWA-Arbeit begleitet?

Bewährtes

- Unterschiedliche Modelle und Arbeitsformen
- Stadtteilbüro im Neustädter Feld in Anbindung an Freien Träger
- Schnelle Entscheidungen für Bürger durch Kooperation und Einladung von entsprechenden Ämtern

- Bürgerbüro in Südost auch mit Sprechzeiten für ältere Bürger (Kooperation mit Sozial- und Wohnungsamt)
- Fachämter einladen, auf Bedarfe eingehen (Bürger/-innen ernst nehmen!)
- Einrichten einer Möglichkeit, Sorgen und Nöte der Bürger/-innen einzubringen und zu klären
- Vernetzung aller Beteiligten
- Gute Zusammenarbeit in den AG'n
- Formen der Arbeitsgruppen variieren von Stadtteil zu Stadtteil, ist so zu akzeptieren
- Organisation durch Jugendamt bedeutet für Mitarbeiter des Jugendamtes Mehrarbeit, ist aber produktiv
- Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen und Institutionen bringen Interessen und Vorschläge ein
- GWA-Experten-Runde ist produktiv
- Gegenseitiges Kennenlernen der Träger
- Vernetzung aller Beteiligten
- Informationsaustausch untereinander

Veränderungsbedarf

- GWA-Koordinator fehlt – Schaffung einer Koordinierungsstelle
- Politische Meinungsbildung zur Freistellung einer Koordinierungsstelle zur Wahrnehmung der Aufgaben (Stabsstelle GWA)
- Ansprechpartner für Arbeitsgruppen stadtteilübergreifend für interdisziplinären Austausch
- Professionelles Stadtteilmanagement wäre wünschenswert
- Bedarf für Stadtteilmanagement ist unterschiedlich – ist auch abhängig von der Organisationsstärke des Jugendamtes/ Sozialzentrums
- Keine Klarheit über Stellenwert der GWA, d. h. der Bürger weiß nicht, wie ernst es den Politikern mit GWA wirklich ist – Finanzmittel sind nur ein geringer Teil von Wertschätzung
- Verwaltungsvereinfachung, evtl. Schulungen für Mitglieder aus den Arbeitsgruppen
- Beratungskompetenz der AG'n ist begrenzt ➔ Schulungen wären sinnvoll
- Struktur und Aufgaben der GWA nicht transparent – Wunsch: Organigramm der GWA
- „Handbuch“ für GWA-Arbeit
- Verselbständigung der AG'n geht nur sehr langsam voran
- GWA immer noch in der Phase des Anschlebens – forcieren von Ehrenamtlichkeit
- Verantwortung durch Stadtverwaltung abgeben
- Regelmäßige Teilnahme von Mitarbeitern aus den Ämtern
- Unterschiedliche Strukturen von Arbeitsgruppen entwickeln (Professionelle, Bürger, Vereine ...)
- Regionalkonferenzen
- Kleine themenbezogene AG'n
- Mehr Handlungsfreiheit bei der Bestimmung des Profils und der lokalen Zuordnung

- Verhältnismäßigkeit der Arbeit in den Arbeitsgruppen für alle Mitglieder
- Überdenken des Selbstverständnisses der GWA (mehr Bürgerorientierung?)
- Umgang miteinander: Versammlungskultur muss sich auf einem für alle akzeptablen Niveau bewegen
- Halbjährliches Sprechertreffen
- Zu Beginn des Jahres Themen und Verantwortlichkeiten festlegen und dann konkret an die Lösung der Aufgaben herangehen
- Nachholebedarf für 30+
- AG-Zeiten sind aus Sicht der Bürger teilweise ungünstig

2. Welche Erfahrungen gibt es zum Sponsoring in der GWA-Arbeit?

- Erfahrungen mit Sponsoring sehr unterschiedlich, Arbeit die viel Feingefühl und Zeit erfordert
- Bei Sponsoring Firmen etc. direkt ansprechbar
- Sehr schwer zu realisieren

Sponsoring durch Initiativfonds GWA:

Bewährtes

- Initiativfonds wird begrüßt, wirkt als Initialzündung

Veränderungsbedarf

- Verwaltungsvereinfachung: finanzielle Mittel Vereinen direkt zur Verfügung stellen
- Für „kleinere“ Ausgaben praktikablere Lösungen bei der Beantragung aus dem IF
- Aufstellung / Broschüre über alle bestehenden/ möglichen Fördermöglichkeiten
- Vereinfachung der Antragstellung zum Initiativfonds
- Erneute Schulung zum Initiativfonds
- Mittelbeantragung aus dem Initiativfonds – Vereinfachung der Verfahrens

3. Wie gelingt die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwesen?

Bürgerbeteiligung

- Bei brisanten Themen vorhanden
- Bürger sind zielorientiert
- Menschen müssen ernst genommen werden, d. h. Einbeziehen, Mitsprache, Mitwirkung

- Dem Bürger Möglichkeiten des Einspruchs garantieren – Interventionsrecht der Bürger
- Welche Initiativen von Bürgern können unterstützt werden?
- Bürgerbeteiligung ➔ in Gestaltung und Umsetzung einbeziehen

Bewährtes

- Aktivitäten im Stadtteil werden unterstützt bzw. initiiert
- Bürger engagiert sich punktuell – auch das ist „Beteiligung“ ➔ künftige Ansprechpartner
- GWA- Beratungstermine sind günstig
- Realisierung von einzelnen Projekten ist lebensnah und sichert das Interesse aller Beteiligten
- Bürger engagieren sich themenbezogen

Veränderungsbedarf

- Idee Bürgerhaus
- Aktivierung von Bürgern
- Wo sind die Bedürfnisse der Bürger?
- Kommunikationsverluste zum Bürger treten auf
- Bürgerbeteiligung verbessern
- Ohne Jugend geht es nicht weiter in der Gemeinwesenarbeit
- Geringe Bürgerbeteiligung liegt teils am Informationsmangel, fester Platz für Termin-Veröffentlichung wäre wünschenswert
- AG-Zeiten sind aus Sicht der Bürger teilweise ungünstig
- Macht die Struktur mit Bürgern Sinn? – Beteiligung in Themengruppen, Projekten etc. entspricht eher den Interessen der Bürger/-innen
- Kleinteiligere GWA nötig zur besseren Identifizierung der Bürger mit dieser AG
- Anerkennung öffentlich machen
- Versammlungskultur auf niedrigem Niveau
- GWA = „Meckerecke“ für Bürger?

4. Wie gelingt gute Öffentlichkeitsarbeit?

Bewährtes

- Stadtteilzeitung
- Öffentlichkeitsarbeit durch Stadtteilzeitung, Stadträte, handgefertigte Einladungen durch Schüler
- Aufstellen von Infotafeln sehr bewährt und werden von Bürgern beachtet

Veränderungsbedarf

- Vorhandene Ressourcen besser nutzen, z. B. im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
Informationen über Angebote besser gestalten; „Stadtteilführer“ ➔ sozialer Wegweiser für die ganze Stadt
- Öffentlichkeitsarbeit verbessern
- Intensivere Öffentlichkeitsarbeit ➔ Bürgergewinnung
- Internet – Einstellen der Inhalte auf Magdeburg.de
- Pressearbeit intensivieren
- Struktur und Aufgaben der GWA nicht transparent – Wunsch: Organigramm der GWA, Darstellung im Internet mit Vernetzung zur Stadt
- Lokale Medien müßten mehr über diese Arbeit berichten

5. Wie können Bürgervereine intensiver unterstützt werden?

Bewährtes

- Gründung von Bürgervereinen aus der GWA-Arbeit
- Kooperation mit Bürgerinitiativen
- Unterstützung der Bürgervereine bei der Bewältigung von Problemen und Sachthemen ermöglicht Anfänge von Vernetzung
- Gute Zusammenarbeit mit der AG Gemeinwesen wichtig

Veränderungsbedarf

- Spezielle Interessenvereine haben kaum Interesse an GWA
- Ausreichung der Finanzmittel vereinfachen

Fazit des 2. Reflexionstages Gemeinwesenarbeit

- 1. Die Prüfung von Möglichkeiten einer verbesserten Wahrnehmung fachlicher Zuständigkeiten der Stadtverwaltung in den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und möglicher Verwaltungsvereinfachungen zum Antragsverfahren des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit wurden angeregt.**
- 2. Die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit ist durch die Nutzung der öffentlichen Medien (Internet, Regionalpresse) zu verbessern.**
- 3. Die Organisation themenspezifischer Fortbildungen bzw. eines Fortbildungsseminars für interessierte Bürgerinnen und Bürger bzw. Mitglieder der Arbeitsgruppen der Gemeinwesenarbeit zu Fragestellungen z. B. der Beantragung von Mitteln aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit oder der Finanzierung/des Sponsorings von Projekten, der Vereinsgründung oder zum Projektmanagement ist notwendig.**
- 4. Der Austausch zu Strategien, Strukturen, Projektideen und konkreten Lösungsätzen sollte ein Schwerpunkt zukünftiger Reflexionstage bleiben.**
- 5. Formen und Möglichkeiten der Anerkennung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in den Arbeitsgruppen sollten u. a. auch in den stadtteilbezogenen sozialen Einrichtungen entwickelt werden.**

Presseresonanz – 81 Artikel seit 1998

Eindrücke aus der Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit



Impressum

Herausgeber	Redaktion/Fotonachweis	Layout	Druck
Landeshauptstadt Magdeburg Der Oberbürgermeister 39090 Magdeburg	Claudia Ziegler Dr. Ingo Gottschalk	Landeshauptstadt Magdeburg PEGASUS Werbeagentur	Druckerei Mahnert GmbH

Copyright 2003 Landeshauptstadt Magdeburg

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Kontaktadresse

Landeshauptstadt Magdeburg
39090 Magdeburg

Tel.: 03 91/5 40 31 10 oder 5 40 31 04

Fax: 03 91/5 40 31 87

E-mail: ziegler@jga.magdeburg.de oder gottschalk@jga.magdeburg.de



Christine Meier, Stadträtin

zum 2. Reflexionstag Gemeinwesenarbeit 15.05.2002

„Ein Projekt im Gemeinwesen kann nur dann funktionieren, wenn die Ziele in den Köpfen der Leute klar sind. Und wenn sie dann sehen, dass direkt vor ihrer Haustür etwas passiert, dann sind sie natürlich auch bereit mitzumachen. In den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit lernt man Leute kennen, die mit anpacken. Oft gibt es Aufgaben, die nicht ohne weiteres zu lösen sind. Dann ist es gut zu wissen, dass es in den Arbeitsgruppen kompetente und sachkundige Ansprechpartner gibt.“

